

UNIA



DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

work

Jean Ziegler: Ukraine – darum ist die Uno blockiert. Seite 7



Baut die Mafia für die SBB?

Tessiner Staatsanwälte ermitteln seit Jahren. Jetzt macht Mailänder Mafia-Jägerin Nägel mit Köpfen. Seite 3

Care-Arbeit: Der neue Atlas

Einmal mehr belegt: Frauen chrampfen mehr und verdienen weniger. Seite 13

Einstell-Tage

So funktioniert das mit den Einstelltagen bei der ALV. Der Ratgeber. Seiten 14–15

STOP!

Dieser Krieg muss sofort aufhören!

ANGRIFF AUF DIE UKRAINE: Das unerträgliche Leiden der Menschen +++ Die enorme Welle der Solidarität +++ Das sagen ukrainische und russische Unia-Mitglieder +++ Das dreckige Geschäft mit den Rohstoffen +++ Und vieles mehr. **9 Sonderseiten 4–12**



FRAGEN ZUM KRIEG

Je länger Putins Krieg gegen die Ukraine dauert, desto mehr Fragen tauchen auf. Grosse Fragen, schwere Fragen, existentielle Fragen. Ökonomi-



sche Fragen, humanitäre Fragen, aber auch Fragen zu einer friedlicheren Weltordnung. Auf den 9 Sonderseiten zum Krieg und seinen Auswirkungen in dieser Ausgabe schwingen sie mit. Es sind

Fragen, auf die wir noch keine befriedigenden Antworten haben. Aber wir listen sie hier einmal auf. Ungeordnet und unvollständig. Und versprechen: wir bleiben dran!

- Wer kann diesen Krieg stoppen?
- Kann es eine nachhaltige und dauerhafte Friedensordnung auf dem eurasischen Kontinent geben ohne Russland?
- Putin droht mit Atomwaffen: Wäre es nicht höchste Zeit für Atomwaffen-Abrüstungsverhandlungen in Europa?
- Sollte die Nato auf die Aufnahme der Ukraine und weiterer Staaten verzichten?
- Der Europäische Gewerkschaftsbund diskutiert über ein Europa nach dem Krieg (Seite 6). Soll die EU die Ukraine aufnehmen? Und mit ihr auch Georgien, Moldawien sowie die bisherigen Beitrittskandidaten Montenegro, Serbien, Albanien, Kosovo und Nordmazedonien? Oder wäre eine solche Osterweiterung eine Überforderung der EU?
- Die Schweiz hat erstmals für Flüchtende den Schutzstatus S eingeführt. Dieser sieht unter anderem vor, dass die Betroffenen ohne Wartefrist eine Erwerbstätigkeit aufnehmen können – auch als Selbständigerwerbende (Seite 4). Wer kontrolliert ihre Löhne und die Einhaltung der Gesamtarbeitsverträge? Braucht es jetzt zusätzliche Lohnkontrollen? Und mehr Kontrolleuren und Kontrolleure?
- Wer kämpft dafür, dass der Schutzstatus S auch für andere Fliehende eingeführt wird?
- Der Ölpreis sinkt, warum aber bleiben die Benzinpreise an den Tankstellen gleich hoch? Verdienen sich da die Ölkonzerne auf Kosten der Konsumierenden eine goldene Nase, wie der grüne österreichische Vizekanzler Werner Kogler vermutet?
- A propos Sanktionen: Russland liefert zurzeit über die Ukraine mehr Gas als je zuvor in diesem Winter. Die meisten der Gasverteiler haben feste Verträge und feste Preise bis ins Jahr 2030. Es gibt objektiv noch gar keine Gasknappheit, und trotzdem haben sich die Gaspreise vervierfacht. Wer spielt da falsch?
- Unter den Rohstoffhändlern herrsche Goldgräberstimmung, sagt Public-Eye-Experte Oliver Classen im work-Interview (Seite 9). Gleichzeitig füllen diese Kriegsgewinnler Putins Kriegskasse. Wann reguliert die Politik diese dreckigen Geschäfte endlich?
- Wirken Sanktionen gegen Putin und seine Oligarchen überhaupt?
- Wie können wir die russische Friedensbewegung (Seite 7) unterstützen?
- Der Krieg in der Ukraine zeigt: Atomkraftwerke sind die Atombomben im eigenen Land. Wir müssen deshalb auf neue erneuerbare Energien setzen, die sich immer besser rechnen (Seite 12). Doch statt den ökosozialen Umbau zu fördern, wollen viele Staaten jetzt aufrüsten (Seiten 6 und 8). Wer bringt Olaf Scholz, Viola Amherd & Co. zur Vernunft?
- Was passiert mit den Mitarbeitenden all jener Firmen, die ihre Geschäfte in Russland und Belarus geschlossen haben?

Restaurant-Mitarbeiterin wegen Mutterschaft entlassen
Doch sie klagte – mit Erfolg!



«SCHLUSS MIT KÜNDIGUNGEN NACH DEM MUTTERSCHAFTSURLAUB!»: Protest vor dem Restaurant Nomad im waadtländischen Yverdon-les-Bains. FOTO: UNIA

Baby da – Job weg:
Das liess sich
Service-Frau
Alexandra Jovic
aus Yverdon nicht
bieten, und errang
einen grossen Sieg.

RALPH HUG
Zwei Dutzend Frauen marschierten am 8. März, dem Internationalen Tag der Frau, zum Restaurant Nomad in Yverdon-les-Bains VD. Aber sie wollten dort keine Tacos oder Burgers bestellen. Sondern anklagen. Denn der Patron des Restaurants hatte Service-Frau Alexandra Jovic auf die Strasse gestellt. Und zwar kurz vor Ablauf des Mutterschaftsurlaubs. Die Unia machte diese unrechtmässige Kündigung mit einer Aktion direkt vor dem Restaurant öffentlich.
Jovic arbeitete seit Oktober 2020 in dem Fastfood-Restaurant und bediente dort die Gäste. Dann wurde sie schwanger, und sie bezog nach der Geburt des Kindes den ihr zustehenden Mutterschaftsurlaub. Doch wenige Tage vor Ablauf flatterte ihr die Kündigung ins Haus. Jovic ahnte, dass dies nicht sein könne, und wandte

sich an die Unia. Dort erhielt sie eine klare Antwort: Unia-Frau Tamara Knezevic: «Die Entlassung einer Arbeitnehmerin während der Schwangerschaft oder 16 Wochen nach der Geburt ist gesetzlich verboten.» Ein klarer Fall.

AUSSERGEWÖHNLICHER SIEG
Dennoch musste Alexandra Jovic um ihr Recht kämpfen und ihren Fall vors Arbeitsgericht ziehen. Ihr Chef erschien nicht zur Verhandlung. Ob er das Ur-

«Eine von sieben
Frauen verliert
ihren Job wegen
Mutterschaft.»

UNIA-FRAU TAMARA KNEZEVIC

teil wohl schon ahnte? Die Kündigung war missbräuchlich. Der Wirt musste denn auch klein begeben. In einem Schreiben an die Unia räumte er ein: «Ich habe einen Fehler gemacht.» Er habe die Dauer des Mutterschaftsurlaubs falsch berechnet. Und er zeigte sich bereit, die Kellnerin wieder einzustellen. Damit hat Alexandra Jovic einen grossen Sieg errungen. Denn der Schweizer Kündigungsschutz ist so löchrig, dass er bei einer miss-

bräuchlichen Kündigung keine Wiedereinstellung, sondern nur eine Entschädigung vorsieht. In der Regel springen in einem Prozess für die Betroffenen zwei bis drei Monatslöhne heraus.

Allerdings verzichtete Jovic darauf, den Job wieder anzutreten. Denn die «Lampen» der tapferen jungen Mutter mit ihrem Chef dauern bis heute an. Sie wirft ihm vor, nicht den vollen Lohn bezahlt zu haben. In einem Brief hatte sie schon vorher Sicherheitsmängel im Betrieb kritisiert, etwa Elektrokabel, die ins Wasser eines Geschirrspülers herabhängen.

Ausserdem sei sie beleidigt worden, und es sei auch nichts passiert, als sie auf Empfehlung ihres Gynäkologen verlangt habe, im Restaurant die Risiken für sie als werdende Mutter endlich zu beseitigen. Für die Betroffene, aber auch für die Unia war der Protest am Frauentag somit nur Teil einer Auseinandersetzung, die noch andauert. Es gehe auch darum, so Unia-Frau Knezevic, der Öffentlichkeit sexistische Praktiken wie im vorliegenden Fall aufzuzeigen und diese zu verurteilen. Knezevic: «Eine von sieben Frauen verliert ihren Job wegen Mutterschaft.»

KÜNDIGUNGEN
BESSERER
SCHUTZ

Missbräuchliche Kündigungen kommen häufig vor. Erst kürzlich wurde der Fall einer Mitarbeiterin bei McDonald's in Marin NE bekannt. Der jungen Frau war eine Beförderung zur leitenden Mitarbeiterin verweigert worden, weil sie ihre Heirat bekanntgegeben hatte. Die Chefs befürchteten eine Schwangerschaft und übergingen sie trotz bester Qualifikation. Die Betroffene wehrte sich mit Hilfe der Unia gegen diese Diskriminierung vor Gericht. Dieses verdonnerte das fehlbare Unternehmen zu einer happigen Entschädigung von 6000 Franken plus Anwaltskosten (work berichtete: rebrand.ly/endlich-hochzeit).

ÄLTERE MITARBEITENDE: In einem weiteren Fall musste die Unia unlängst in Meyrin GE einschreiten. Dort hatte die Baufirma Geneux Dancet fünf ältere Mitarbeiter auf die Strasse gesetzt – sie wollte sie durch jüngere Temporäre ersetzen, um mehr Gewinn zu machen, wie die Unia kritisiert.

INITIATIV-PROJEKT. Alles Fälle, die zeigen, wie notwendig ein besserer Kündigungsschutz ist, vor allem für Leute in einer schwächeren Position wie Mütter oder ältere Mitarbeitende. Genau aus diesem Grund hat der Unia-Kongress in Biel vor zwei Wochen beschlossen, eine Volksinitiative für einen besseren Schutz vor ungerechtfertigten Kündigungen zu prüfen. (rh)

Kita-Initiative: Unterschriften-Sammlung läuft
Mehr Kitas – aber bezahlbare!

Auch in der Schweiz sollen
sich alle Familien eine externe
Kinderbetreuung leisten
können – das fordert eine neu
lancierte Volksinitiative.

JONAS KOMPOSCH
Ausgerechnet die reiche Schweiz ist das weit abgeschlagene Schlusslicht in der familienergänzenden Kinderbetreuung: Bei einer Familie mit zwei Kindern gehen im Durchschnitt fast 30 Prozent des Haushalteinkommens allein für Kita-Plätze drauf. Das ist über zehn Mal mehr als in Deutschland, doppelt so viel wie in Frankreich und mehr als in sämtlichen Industrienationen der Welt! Das zeigt eine neue Studie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD).

BUND SOLL ZAHLEN
Doch jetzt hat die SP den horrenden Kita-Kosten den Kampf angesagt. Zusammen mit dem SGB, den Grünen und einzelnen Mitte- und GLP-Vertretern lancierte sie am 8. März, dem Internationalen Frauentag, ihre Kita-Initiative. Diese verlangt eine bezahlbare familienergänzende Kinderbe-

treuung «für alle Familien in der Schweiz». Konkret sollen die Kantone verpflichtet werden, ein ausreichendes Betreuungsangebot in guter Qualität zu schaffen. Und zwar für sämtliche Altersstufen ab drei Monaten bis zum Ende des Grundschulunterrichts. Bezahlen sollen die Kita-Offensive hauptsächlich der Bund (zwei Drittel der Kosten) und die Kantone. Letztere könnten zwar auch die Eltern zur Kasse bitten. Allerdings dürfe die elterliche Kos-

«Gute und bezahlbare
Kinderbetreuung ist eine
wesentliche Voraussetzung
für die Gleichstellung.»

MATTEA MEYER, SP-CO-PRÄSIDENTIN

tenbeteiligung zehn Prozent des Haushalteinkommens nicht überschreiten. Für viele Familien wäre das eine grosse Entlastung. Besonders profitieren würden die Frauen. Sie leisten nämlich



nach wie vor den Bärenanteil der unbezahlten Care-Arbeit. Und sie sind es auch, die in den meisten Fällen aus dem Berufsleben ausscheiden, wenn die Kita-Kosten unbezahlbar sind. Für SP-Co-Präsidentin Mattea Meyer ist deshalb klar: «Gute und bezahlbare Kinderbetreuung ist eine wesentliche Voraussetzung für die Gleichstellung, weil sie einen Beitrag zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf leistet.»

Auch die Arbeitsbedingungen und Löhne des Betreuungspersonals soll die Initiative verbessern. Dazu Katharina Prelicz-Huber, VPOD-Präsidentin und grüne Nationalrätin: «Ohne substantielle öffentliche Finanzierung sind Kitas und Horte in guter Qualität und mit fairen Arbeitsbedingungen nicht zu führen.»

Jetzt die Initiative unterschreiben: rebrand.ly/kita-initiative



FAMILIEN-KONZERN GCF: Vater Attilio Rossi (2020 verstorben), umgeben von seinen Söhnen Alessandro (links) und Edoardo. FOTO: GCF

Lohndumping am Ceneri: Schlag gegen Italiens Gleisbau-Mafia

Baut die 'Ndrangheta

auch für die SBB?

Am Monte Ceneri platzte 2019 einer der grössten Lohndumpingskandale der Schweiz. Seither ermittelt die Tessiner Staatsanwaltschaft gegen den Gleisbaukonzern GCF. Jetzt doppelt die Mailänder Anti-Mafia-Behörde nach – und wie!

JONAS KOMPOSCH

Für die Mailänder Staatsanwältin Bruna Albertini war der 11. Februar ein Freudentag. Schliesslich hatten ihre Leute von der Anti-Mafia-Direktion DDA bereits in den frühen Morgenstunden ergiebige Razzien durchgeführt: In der ganzen Lombardei waren Wohnungen und Liegenschaften von 35 Verdächtigen durchsucht, stapelweise

Die ausstehenden Löhne schätzt die Unia auf 3,5 Millionen Franken.

Dokumente gesichert und über 6,5 Millionen Euro beschlagnahmt worden. 15 Beschuldigte waren ausserdem direkt in Untersuchungshaft abgeführt worden. Sie sollen der kalabrischen Mafia 'Ndrangheta geholfen haben, das italienische Eisenbahnnetz zu unterwandern. Konkret sollen sie Gleisbau-Unteraufträge an solche Subunternehmen vergeben haben, die von der Mafia kontrolliert würden. Die kalabrischen Clans hätten so inhaftierte Mitglieder unterstützt, schwarze Kassen angelegt, Arbeitsverträge gefälscht und Steuern hinterzogen. Vier grosse Gleisbauunternehmen hätten sich zudem fast den gesamten heimischen Markt monopolartig untereinander aufgeteilt. In Italien schlug die Meldung ein wie ein Bombe – nicht aber hierzulande. Das erstaunt.

HAFTANTRAG FÜR CENERI-DUMPER

Staatsanwältin Albertini wollte nämlich auch Edoardo und Alessandro Rossi hinter Gitter bringen. work berichtete: Die Rossi-Brüder leiten den Römer Gleisbaukonzern Generali Costruzioni Ferroviarie (GCF), einen Branchenriesen mit Aufträgen in der halben Welt – und einer heiss umstrittenen Präsenz in der Schweiz. Es war Konzernpräsident Edoardo Rossi persönlich, der vor sechs Jahren in Bellinzona eine GCF-Niederlas-

sung eröffnete. Schliesslich hatte der Mann Groses vor: den Schienenbau im 15 Kilometer langen Ceneri-Basistunnel, dem letzten Stück des Neat-Alpendurchstichs. Ergattert hatte Rossi diesen Prestigeauftrag am bekanntesten Tessiner Berg mit einem wundersamen Angebot. Im Preis lag es satte 30 Prozent unter der österreichisch-schweizerischen Konkurrenz! Da konnte die Bauherrin, die SBB-Tochter Alptransit Gotthard AG, nicht widerstehen. Die unterbotenen Parteien aber legten Beschwerde ein – zunächst mit Erfolg. Doch das Bundesgericht gab dann der Alptransit recht. Die GCF konnte ihren Billig-Zuschlag behalten. Allerdings dauerte es nicht lange, bis verschiedene Arbeiter mit schweren Vorwürfen an die Öffentlichkeit traten.

LOHNRAUB AM BANCOMATEN

Etwa Gleisbauer Fouad Zerroudi. Über seine Zeit im Ceneri sagte er zum Tessiner Fernsehen RSI: «Das war wie Sklaverei!» Häufig hätten er und seine Kollegen gleich zwei Schichten pro Tag leisten müssen. Deshalb seien sie oft bis zu 17 Stunden im Tunnel gewesen, teils ohne die vorgeschriebenen Pausen und Ruhezeiten. Auch die Löhne entsprachen oft nicht dem verbindlichen Minimum gemäss Gesamtarbeitsvertrag. So galt damals ein Mindestlohn von 4624 Franken für Ungelernte. Doch die Unia stellte fest: Viele Gleisbauer wurden mit weniger als der Hälfte abgespeist. Und die Lohnklau-Methoden waren offenbar vielfältig.

So sagten andere Arbeiter, ihr Lohn sei zwar auf dem Papier korrekt gewesen. Doch am Monatsende habe ihnen ein Vorarbeiter jeweils 700 Franken in bar abgeknöpft. Hierzu seien sie extra an einen Bancomaten gefahren worden. Da für GCF bis zu 170 Arbeiter im Ceneri tätig waren, schätzt die Unia und das Tessiner Arbeitsinspektorat die ausstehenden Löhne auf 3,5 Millionen Franken. In der Folge erstattete die Gewerkschaft Strafanzeige. Doch nach drei Jahren ist die Untersuchung noch immer hängig. Und über den genauen Stand will sich der zuständige Staatsanwalt Andrea Gianini nicht äussern. Nur so viel: «Ein Ende des Verfahrens ist nicht absehbar.» Das ist kein gutes Zeichen – zumal GCF in der Schweiz nach wie vor tätig ist.

SBB WARTEN AB

Im Erdreich unter Lausanne entsteht der neue Tunnel der LEB-Bahn. Im Mai soll die 140 Millionen Franken teure Strecke eröffnet werden. An der Einweihungsfeier wird dann nicht nur die kantonale und städtische Bauherrschaft die Kor-

Dänemark: Kokain-drehscheibe Gleisbau

Die 'Ndrangheta benutze Gleisbauprojekte für den Kokainschmuggel. Davon ist die dänische Gewerkschaft 3F überzeugt. Sie bemerkte 2016, dass auf Baustellen in Kopenhagen und Århus an Wochenenden Maschinenteile angeliefert wurden. In den Paketen habe sich auch Kokain befunden. Von den Bauplätzen sei das Pulver an Pizzeria im Besitz der Mafia weitergeleitet worden. Pikant: Ausgerechnet auf den betreffenden Baustellen deckte 3F wenig später massives Lohndumping auf. Mittendrin: die Römer GCF. Doch keiner der geprellten Arbeiter traute sich, vor Gericht auszusagen. Immerhin sah sich GCF-Boss Edoardo Rossi gezwungen, einen Vergleich zu unterzeichnen und umgerechnet 1,8 Millionen Franken nachzuzahlen. (jok)

ken knallen lassen, sondern auch die CGF. Sie bildet mit Implemia, Cablex und Siemens das ausführende Baukonsortium. Zudem ist der Römer Konzern im Grossraum Basel tätig. Dies im Rahmen eines fast 20 Millionen Franken schweren Gleisunterhaltsvertrags mit den SBB. Die Bundesbahnen vergaben diesen Auftrag im Jahr 2016,

Monatlich knöpfte ein Vorarbeiter den Arbeitern je 700 Franken ab.

also bevor der Ceneri-Skandal aufflog. Doch auch danach blieb der 2025 auslaufende Vertrag in Kraft. Und auch nach den neusten Vorwürfen gegen die GCF werde die SBB AG am Vertrag festhalten. Hierzu sei man «grundsätzlich verpflichtet», schreibt Sprecher Reto Schärli auf Anfrage. Er fügt aber an: «Natürlich wird die SBB AG bei allfälliger Bestätigung von Vorwürfen gegen einen Vertreter von GCF die Sachlage noch einmal überprüfen.»

Ob aber die Mailänder Staatsanwältin Bruna Albertini gegen die Rossi-Brüder Erfolg haben wird, scheint ungewiss. Ihrem Haftantrag gab der zuständige Untersuchungsrichter nicht statt. Mit den vorgebrachten Beweisen könne nicht bestätigt werden, dass die Rossis «Teil einer kriminellen Vereinigung zwischen Varese und Mailand» gewesen seien. GCF selbst bestreitet sowohl die Vorwürfe im Zusammenhang mit dem Ceneri-Skandal als auch jene von Mafiajägerin Albertini. Es gilt die Unschuldsvermutung.

Nur ein Mini-Mindest-lohn

WINTERTHUR. Im Minimum 23 Franken pro Stunde braucht es im Kanton Zürich, damit der Lohn zum Leben reicht. Das rechnet der kantonale Gewerkschaftsbund GBKZ vor. In Winterthur soll dieser Mindestlohn nun per Initiative zum Gesetz werden. Rund 3600 Beschäftigte verdienen dort momentan weniger, mehr als zwei Drittel davon sind Frauen. Jetzt hat die Stadtregierung aber entschieden: Es soll nur eine Mini-Variante mit 21.60 Franken geben. Der GBKZ kritisiert: «Fast die Hälfte der Tieflohn-Betroffenen wären kein bisschen bessergestellt.» Als nächstes diskutiert nun das Stadtparlament.

Frauen-Mehrheit in Chiles Regierung

SANTIAGO. Zum ersten Mal in der Geschichte wird Chile mehrheitlich von Frauen regiert. 14 von insgesamt 24 Kabinettsposten hat der neu gewählte Präsident Gabriel Boric mit Politikerinnen besetzt. Darunter: Maya Fernández Allende, die Enkelin des früheren sozialistischen Präsidenten Salvador Allende. Sie übernimmt das Ver-



NEU IN CHILES REGIERUNG: Maya Fernández Allende. FOTO: ZVG

teidigungsministerium. Die Frauenmehrheit ist der erste Coup von Präsident Boric, von dem sich viele Fortschritt erhoffen. Boric hatte sich im Dezember als linker Kandidat gegen den Rechtsextremen José Antonio Kast durchgesetzt.

Swiss presst Bodenpersonal aus

BASEL. Nach zwei Jahren Corona-Pandemie ist der Flugverkehr auf Erholungskurs. Trotzdem streicht die Swiss ihrem Bodenpersonal jetzt einen Drittel des 13. Monatslohns sowie eine Prämie. Gestützt auf einen Krisen-GAV, den der Konzern 2021 mit den Gewerkschaften ausgehandelt hat. Die Gewerkschaft des Bodenpersonals, SEV-Gata, schlägt Alarm: Zum einen sei dieser Schritt verfrüht, da die Swiss weiterhin Kurzarbeit beantragen könne. Zum anderen habe man gehofft, mit dem Krisen-GAV eine Massenentlassung zu verhindern. Seit Januar 2020 seien aber trotzdem 300 Vollzeitstellen abgebaut worden.

Massenentlassung bei Novartis-Tochter

MUMBAI/BASEL. Novartis India Ltd., eine Tochter des Basler Chemiekonzerns Novartis, hat 400 Verkaufsmitarbeitende geschasst. Ohne Konsultation, wie die lokale Betriebsgewerkschaft «Novartis Employees Union» meldet. Sie vermutet, dass die Entlassungswelle genutzt wird, um Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter los zu werden. Novartis India weigert sich seit 2018, über einen neuen GAV zu verhandeln, und versuchte, die Gewerkschaft auszuschalten. Schon letztes Jahr forderten die Unia und weitere internationale Organisationen deshalb Novartis-CEO Vasant Narasimhan zum Handeln auf. Bisher vergeblich.



FLUCHT MIT KATZE: In der Nähe der Stadt Irpin. FOTO: GETTY



ZUFLUCHT UNTER DER BRÜCKE: Fliehende aus der Stadt Irpin. FOTO: KEYSTONE



WACKELIGER FLUCHTWEG: Über stürmische Fluten in Irpin. FOTO: KEYSTONE



VERZWEIFELT: Eine Ukrainerin mit ihrem zwei Monate alten Baby an der Grenze zu Polen. FOTO: KEYSTONE



ZU FUSS ÜBER DIE GRENZE: In Krakowez, in der Nähe der polnischen Grenze. FOTO: GETTY



EVAKUIERUNG IM ROLLSTUHL: Bewohner der Stadt Irpin. FOTO: KEYSTONE



SICHERHEIT IM FREMDEN LAND: Ankunft am Zürcher Hauptbahnhof. FOTO: KEYSTONE

Die Schweiz zeigt sich so solidarisch wie noch nie Millionen Menschen auf der Flucht

Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg von Putin treibt Millionen Menschen aus der Ukraine in die Flucht. Die Solidarität mit den Fliehenden ist enorm. Auch in der Schweiz.

CLEMENS STUDER

Sie fliehen vor dem russischen Bombenhagel. Vor Hunger und Kälte. Aus zerstörten Häusern. Westwärts. Die Bilder der Grausamkeiten haben die Weltbevölkerung aufgeschreckt. Die europäische ganz besonders. Die Welle der Solidarität ist beispiellos. Auch in der Schweiz. Historisch höchstens zu vergleichen mit jenen von

Alle Betroffenen mit Schutzstatus S können sofort arbeiten.

1956 (Ungarn) und 1968 (Tschechoslowakei). In den ersten beiden Wochen des russischen Angriffskrieges sind bereits über 3 Millionen Menschen aus der Ukraine geflüchtet. Die meisten nach Polen. Das Uno-Flüchtlingswerk UNHCR rechnet mit bis zu 15 Millionen Flüchtlingen.

DER STATUS S

Zum ersten Mal überhaupt setzt der Bundesrat den Schutzstatus S in Kraft. Er gilt für Menschen mit ukrainischem Pass und für Menschen aus sogenannten Drittstaaten, die in der Ukraine eine gültige Aufenthaltsberechtigung hatten – und die «nicht sicher

und auf Dauer in ihr Heimatland zurückkehren können». Der Schutzstatus S bedeutet konkret unter anderem:

- Betroffene erhalten ohne Durchführung eines ordentlichen Asylverfahrens Schutz in der Schweiz. Sie erhalten den Ausweis S.
- Der Ausweis S ist auf ein Jahr befristet und verlängerbar. Nach fünf Jahren erhalten Schutzbedürftige eine Aufenthaltsbewilligung B, die bis zur Aufhebung des vorübergehenden Schutzes befristet ist.
- Der Schutzstatus S gewährt den betroffenen Personen ein Aufenthaltsrecht.
- Sie können ihre Familienangehörigen nachziehen und haben Anspruch auf Unterstützung, Unterstützung und medizinische Versorgung.
- Kinder können zur Schule gehen.
- Die Betroffenen erhalten Sozialhilfe.
- Sie können ohne Wartefrist eine Erwerbstätigkeit aufnehmen – auch als Selbstständig-erwerbende.
- Mit dem Schutzstatus S können Betroffene ohne Bewilligung ins Ausland reisen und in die Schweiz zurückkehren.

GROSSE HILFSBEREITSCHAFT

Hunderte von Personen haben sich bereit erklärt. Geflüchtete aus der Ukraine bei sich zu Hause aufzunehmen. Der Bund unterstützt das. Und auch in den Städten und Gemeinden ist die Hilfsbereitschaft enorm. Zum Beispiel in der Solothurner Gemeinde Mülliswil-Ramiswil. Der 2000-Seelen-Ort nahm in seinem Schullagerhaus und in einem ehemaligen Kinderheim 80 aus der Ukraine Geflohene auf. Ein Mäzen hatte sie mit einem Charterflug aus dem polnischen Krakau abgefliegen. Oder zum Beispiel **campax.org**: Auf

der Kampagnenplattform haben innert weniger Tage Private und Organisationen über 40 000 Unterkünfte gemeldet, die für Geflüchtete aus der Ukraine zur Verfügung gestellt werden können. Weitere Solidaritätsaktionen und wie auch Sie sich beteiligen können: siehe Seite 12.

LICHT UND SCHATTEN

Besonders ins Zeug für die aus der Ukraine Flüchtenden legt sich Justizministerin Karin Keller-Sutter. Bislang war die FDP-Bundesrätin für ihren harten Asylkurs berüchtigt. Jetzt scheint sie angesichts der Lage in der Ukraine umgeschwenkt zu haben. Sie sagt: «Es wird nicht alles perfekt sein, entscheidend ist aber das Ergebnis, dass wir solidarisch sind mit den Menschen aus der Ukraine.»

Auch die Ämter, die in den letzten Jahrzehnten auf Abschrecken getrimmt wurden, müssen jetzt auf Aufnehmen umstellen. Wie verschiedene Medienberichte nahelegen, scheint das nicht auf Anhieb überall zu klappen. Im bisherigen Modus verbleiben offensichtlich auch die Grenzschwächer, wie die «NZZ am Sonntag» berichtet. Menschen mit dunklerer Hautfarbe wurden demnach von den Beamten harsch angegangen: «Afghan? Out!» Und aus dem Zug abgeführt. Weisse konnten unkontrolliert weiterfahren. Die Schweiz ist mit dieser Praxis leider nicht alleine. Menschen aus afrikanischen Ländern, die in der Ukraine studierten und vor Putins Bomben und Raketen fliehen mussten, berichten von Schikanen an den Schengen-Aussengrenzen und bei Grenzkontrollen innerhalb des Schengen-Gebietes.

Das sagen ukrainische und russische Mitglieder der Unia zum Krieg «Jeder und jede leidet, jeden Tag!»

Sie arbeiten in der Pharma, im Gastgewerbe, auf dem Bau oder im Detailhandel. Und sie blicken fassungslos in Richtung Heimat: Denn Putins Angriffskrieg trifft sie alle mitten ins Herz.

PATRICIA D'INCAU UND CHRISTIAN EGG

Der Kriegsausbruch war ein totaler Schock. Bei Coop-Verkäuferin **Iryna Zicaro (48)** aus dem Kanton Baselland klingelte am 24. Februar um halb sechs Uhr morgens das Handy. Es ist ihre Mutter aus Sumy, im Nordosten der Ukraine. «Sie sagte mir, Charkiw wird bombardiert. Der Krieg hat angefangen», erzählt Zicaro. Seither sei nichts mehr wie früher: «Ich gehe schlafen mit dem Krieg, ich stehe am Morgen auf mit dem Krieg.» Es gebe nur noch eines: «Hoffen und beten, dass der Krieg bald zu Ende geht.» Zwar ist Zicaro unendlich froh, dass sie ihre Nichte mit einer fünfjährigen Tochter und einem fünf Monate alten Sohn bei sich einquartieren konnte. Schon am ersten Kriegstag flüchtete die junge Mutter und schaffte es bis nach Polen. Zicaro: «Dann ist meine älteste Tochter von hier aus losgefahren und hat sie abgeholt. Als sie angekommen ist, haben wir alle geweint. Zum Glück sind sie hier!»

Doch ihre Erleichterung ist gemischt mit Trauer und Angst. Die geflüchtete Nichte musste ihren Mann im Land zurücklassen. Jetzt können die beiden nur noch telefonieren. Am härtesten sei es aber zu sehen, wie der Krieg die Welt des fünfjährigen Mädchens verändert habe, sagt Zicaro: «Wenn sie von zu Hause erzählt, dann sagt sie immer: Vor dem Krieg war das so.» Das tut unglaublich weh.

Entsetzt ist auch **Tanja Chynko (43)**. Sie ist Musiklehrerin aus der Bodensee-Region und auf Stellensuche: «Es werden Tausende getötet in meinem Land!» sagt sie. Chynko floh 2014 selber aus der Ukraine, als Russland die Krim besetzte und der Krieg in der Region Donbass losging. Jetzt hat Chynko ihre Schwägerin, ihre 14-jährige Nichte und ihren 8-jährigen Neffen bei sich aufgenommen. Sie erzählt: «Sie sind mit zwei Taschen angekommen, sonst nichts.» Chynko sammelt jetzt Kleider und Lebensmittel und ruft online zu Spenden auf. Zusammen mit Freundinnen und Freunden will sie die Hilfsgüter an die ukrainische Grenze fahren, in wenigen Tagen soll es losgehen.



VERWANDTE AUF BEIDEN SEITEN
Fassungslos macht dieser Krieg aber auch die russischen Unia-Mitglieder, mit denen work gesprochen hat. Zum Beispiel **Bogdan Khorkunov (46)** aus Wettingen AG. Der gelernte Chemie- und Pharmatechnologe ist inzwischen Schweizer, hat aber auch noch den russischen Pass. Und «Verwandte auf beiden Seiten», sagt er. Sowohl in Russland als auch in der Ukraine. Da seien etwa seine Tante und ihr Mann, die in der Nähe von Kiew wohnen. Khorkunov erklärt: «Sie versuchen zu bleiben. Es ist ja auch nicht einfach, wegzukommen.»

Aber auch um seine Angehörigen in Russland macht er sich Gedanken, denn: «Ich kann sie nicht mehr finanziell unterstützen. Die russischen Banken sind vom Zahlungssystem abgeschnitten.» Im Moment hätten sie noch Arbeit. Doch: «Wir wissen nicht genau, wie sich die wirt-



VOLLES HAUS: Tetyana Huber (3. v.l.) neben ihrem Sohn und ihrem Partner Servet Yilmaz (1. v.l.). Seit kurzem finden auch ihre Schwägerin, deren Sohn und zuhinterst ihre Mutter auf dem Sofa Platz. FOTO: ZVG

schaftliche Lage entwickelt. Auch hier in der Schweiz. Die Energie- und Rohstoffpreise steigen überall! Es macht mir Sorgen, was da auf uns zu kommt.»

Auch **Konstantin Aborin (27)** werden jetzt öfter Fragen gestellt, weil er Russe ist, erzählt der Industriekeramiker aus Embrach ZH: «Ich kann zu diesem Krieg aber keine Antworten oder Erklärungen liefern. Ich kann nur sagen, dass das keine gute Situation ist. Und leider kann ich nichts daran ändern.»



KEINE NACHRICHTEN MEHR

Am Anfang war es wie ein schlechter Traum. Krieg in der Heimat? Bomben. Panik. Die Ukrainerin **Kristina Bayeva (25)** sagt: «In den ersten Tagen fühlte ich mich total verloren und hilflos. Ich wusste nicht, was machen. Meine ganze Familie ist noch dort!» Die Mutter, die Grossmutter, der Bruder mit Frau und zwei Kindern, Cousins und Cousinsin. Nur sie ist hier, in einem Vorort von Bern. Seit zwölf Jahren. Bayeva arbeitet als Sachbearbeiterin bei der Unia-Arbeitslosenkasse. Ständig habe sie aufs Handy geschaut: Passiert etwas? Breitet sich der Krieg weiter aus? Ihre Familie wohnt im Westen des Landes, nahe der Grenze zur Slowakei. Bayeva

erzählt: «Es gibt immer wieder Sirenenalarm, und viele Menschen sind aus dem Osten in die Region geflüchtet und hausen jetzt in Turnhallen und Notunterkünften.» Immerhin: Ihren Verwandten ginge es so weit gut.

Das kann Bauarbeiter **Mykhailo Y.** nicht sagen. Der 37-jährige aus dem Kanton Zürich hat von seinem Schwager in Mariupol seit Kriegsbeginn keine Nachricht. «Ich weiss nur, dass seine Fabrik von Artillerie beschossen wurde.» Auch seine Ex-Frau und die beiden gemeinsamen Kinder kann er lange nicht kontaktieren. Nach fünf bangen Tagen melden sie sich: Sie konnten über die Grenze nach Polen flüchten. Wie es weitergeht, ist unklar. Mykhailo Y. sagt: «Ich habe kein Geld, um zu ihnen zu fahren.»



Gott sei Dank schon in Sicherheit sind die Angehörigen von McDonald's-Schichtleiterin **Tetyana Huber (44)**. Seit ein paar Tagen leben die Mutter, die Schwägerin und deren 12-jähriger Sohn nämlich ebenfalls in der 4-Zimmer-Wohnung im Kanton Bern. Auf dem Sofa hat es gerade genügend Platz für alle sechs (siehe Bild oben). Nur Hubers Bruder fehlt, er hat in der Ukraine bleiben müssen: «Er ist Arzt und wird jetzt dringend gebraucht», erklärt Huber.

Ihre Familie war etwa hundert Kilometer von Kiew entfernt zu Hause. Ständig sei die Stadt von Raketen angegriffen worden. Es blieb nur noch die Flucht.

Nach zwei Tagen schafften es die zwei Frauen und der Junge nach Warschau. Sie wollten

9 SONDERSEITEN ZUM KRIEG

- Zurück in den Kalten Krieg? Rechte **Aufrüstungs-Gelüste** in der Schweiz. **Seite 6**
- Widerstand in Russland: Der Krieg und die **russischen Gewerkschaften**. **Seite 7**
- Schluss mit EU-Solidarität: jetzt kommt die **Aufrüstung**, jeder für sich allein. **Seite 8**
- Öl und Gas für Europa: Die Schweiz finanziert mit dem **Rohstoffhandel** Putins Krieg. **Seite 9**
- Frieden jetzt! Die grosse **Friedensdemo** und die **Rede von Unia-Präsidentin Vanja Alleva**. **Seiten 10 und 11**
- Wie helfen? Das können Sie tun, um die **Menschen auf der Flucht** zu unterstützen. **Seite 12**

per Flugzeug in die Schweiz. Aber, sagt Huber: «Die Ticketpreise sind dermassen in die Höhe geschossen, das konnten sie nicht bezahlen. Schliesslich habe ich von hier aus die Tickets gekauft.» Vor ein paar Tagen ging Huber mit den drei zum Asylzentrum, um sie zu registrieren. Vor allem, damit sie eine Krankenkasse haben. Einfach sei das Ganze nicht: Weil sie kein Deutsch könnten, seien Mutter und Schwägerin ständig auf sie angewiesen. Huber: «Ich muss so viel machen und muss auch noch zur Arbeit. Ich bin ziemlich geschafft.»

Etwas eng sei es jetzt halt auch, aber: «Für ein, zwei Monate kommen wir klar.»

Für **Elisaveta Petrova (24)**, die gerade eine neue Stelle in der Pflege angetreten hat, ist die Welt definitiv aus den Fugen. Sie sagt: «Dieser Krieg bringt nichts ausser Leiden. Das macht mich traurig.» Als hätten die Menschen nichts gelernt aus den beiden Weltkriegen, das sei ja noch gar nicht so lange her. «Das verstehe ich einfach nicht!» Schwierig sei für sie gerade auch, dass sie ihren Vater nicht sehen könne. Er lebt in Russland. «Ich kann nicht zu ihm fliegen und er nicht zu mir», erzählt Petrova. Zuletzt sei sie vor zweieinhalb Jahren bei ihm zu Besuch gewesen. Dann kam Corona. Und jetzt eben der Krieg. «Das ist schwer», sagt Petrova. «Und ich hoffe für alle Menschen, dass das alles bald vorbei ist!»

Dass alles getan werden muss, damit der Krieg zu Ende ist: Das findet auch **Ajndi Dachtav (33)**. Er lebt im sanktgallischen Trübsbach, doch die Kriegsbilder von Zerstörung und Leid sind dem Russen nur allzu bekannt. Denn: «Ich bin ursprünglich aus Tschetschenien. Ich habe schon als Kind Krieg erlebt.» Für den gelernten Maurer liegt deshalb auf der Hand: «Die Politiker sollten alles tun, damit es keinen Krieg mehr gibt. So schnell wie möglich! Denn: Jeder und jede leidet, jeden Tag!»



Europäische Gewerkschaften
Solidarisch gegen
die Invasion

Der Einmarsch der russischen Armee in der Ukraine hat den Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) aufgerüttelt. Über 200 Delegierte nahmen gleich nach Kriegsbeginn an einem Online-Treffen teil. Mehrere Kollegen aus der Ukraine waren dabei, einige mit der Waffe neben sich. Sie berichteten über die Not der Bevölkerung und den Widerstand. Und die Delegierten versicherten den



Andreas Rieger war Co-Präsident der Unia. Er ist in der europäischen Gewerkschaftsbewegung aktiv.

ukrainischen Kolleginnen und Kollegen ihre Unterstützung. Ihre Forderung: Waffenstillstand und Rückzug der russischen Armee aus der Ukraine. Und alle EGB-Delegierten waren für Sanktionen, vorausgesetzt, sie zielen auf Russlands Staatsspitze und die Oligarchen und nicht auf die Bevölkerung.

FLAMMENDE ERMAHNUNG. Zwei Wochen später traf sich die EGB-Exekutive. Die Grundforderungen bleiben die gleichen. In allen Ländern mobilisieren die Gewerkschaften, sammeln Geld und Hilfsgüter für die Schwestergewerkschaften in der Krisenregion. Empörung herrscht über die russische Gewerkschaft FNPR,

die die Invasion begrüsst (siehe Seite 7). Eine flammende Ermahnung kommt von Wolfgang Katzian, dem Präsidenten des Österreichischen Gewerkschaftsbunds (ÖGB): «Unser Grundanliegen war immer Frieden und Demokratie. Dafür gehen wir auf die Strasse. Wir dürfen bei uns nun nicht in Kriegsrhetorik verfallen und noch mehr aufrüsten – das Geld fehlt dann für ein soziales Europa.»

EU-OSTERWEITERUNG. Gleichzeitig beginnen jetzt schon Diskussionen über das Europa nach dem Krieg. Die russische Aggression hat der Integration der Europäischen Union unerwarteten Schub verliehen. Die Ukraine, aber auch Georgien und Moldau drängen auf baldige Mitgliedschaft. Sie kommen zu den bisherigen Beitrittskandidaten Montenegro, Serbien, Albanien, Kosovo und Nordmazedonien hinzu. Aber würde eine solche «Osterweiterung» die EU nicht überfordern? Dies befürchten die Skeptikerinnen und Skeptiker. Sie weisen darauf hin, dass Länder wie Rumänien und Bulgarien wirtschaftlich abgehängt bleiben, obwohl sie seit Jahren Mitglieder der EU sind. Und sie schlagen deshalb ein «Europa der zwei Geschwindigkeiten» vor. Ein «Kerneuropa» und ein Europa des zweiten Kreises. Aber welches Land wird sich freiwillig in den Zweitklassstatus versetzen lassen?

So oder so – die EU wird nach dem Krieg in der Ukraine nicht mehr die gleiche sein.



12. Mai: Tag der Pflege

Liebe Pflegende, zeigen wir dem Bundesrat und dem Parlament, dass die Zeit drängt: Die Pflegeinitiative muss jetzt wirksam umgesetzt werden, damit gute Arbeitsbedingungen Realität werden! Meldet euch für eine Pflege-Aktion oder einen Walk of Care in eurer Region an: www.unia.ch/tag-der-pflege

Rechte Parteien träumen von gigantischer Aufrüstung
Rückwärts voran
in den Kalten Krieg



Den Angriffskrieg von Putin wollen Kalte Kriegerinnen und Waffenhändler zur Aufrüstung missbrauchen. Auch in der Schweiz.

CLEMENS STUDER
Wer hat noch nicht, wer will noch mal? Im Gleichschritt mit den Nato-Ländern (siehe Seite 8) melden sich auch in der Schweiz die Aufrüsterinnen und Aufrüster zu Wort. Und wie. Eine kleine Auswahl:
● FDP und SVP wollen das Armee-Budget um 2 Milliarden pro Jahr aufstocken. Und den Armee-Sollbestand um 20 Prozent erhöhen auf 120 000 Mann.
● Der Bundesrat möchte eine allgemeine Dienstpflicht auch für Frauen.
● Armee-Chef Thomas Süssli drängt sich im Kampfanzug vor jede Kamera, die sich ihm bietet. Für 15 Milliarden Franken möchte er gern Waffen und so beschaffen.
● Mehr oder weniger offen laufen die Angriffe auf den Zivildienst, das ewige Feindbild der Militaristen.
● Die Militärdienstdauer soll verlängert werden.
● Pensionierte Obristen fordern wahlweise 200 000 Soldaten oder auch 300 000.
● Armee-Bundesrätin Viola Amherd versteigt sich zur Aufforderung ans Stop-F-35-Initiativkomitee, es solle doch die erfolgreich laufende Unterschriftensammlung gegen den US-Flieger abbrechen. Ein beispielloser demokratieunwürdiger Vorgang (mehr Fragwürdiges zum US-Tarnkappenbomber siehe Artikel unten).
● Immerhin hat noch niemand laut und öffentlich einen offiziellen Beitritt der Schweiz zur Nato gefordert. Inoffiziell und unter diversen Arbeitstiteln ist die Schweiz allerdings längst verbunden und



SOLDATEN-SELFIE: Armee-Ministerin Viola Amherd mit Truppen am WEF, 2019. FOTO: KEYSTONE

verhandelt mit diesem «militärischen Sonderbund des reichen Nordwestens der Welt», wie Grünen-Politiker, GSoA-Aktivist und Historiker Jo Lang die Nato einmal ebenso traf wie treffend bezeichnet hat.
VIEL GELD FÜR PANNENLADEN
Übrigens: Noch schneller als FDP und SVP, Armeechef und Amherd war eine Sozialdemokratin. Der russische Überfall auf die Ukraine war noch keine 36 Stunden alt, da liess sich die Solothurner Nationalrätin Franziska Roth auf dem rechträndigen Internetportal «Nebelspalter» so zitieren: «Ich bin zum Schluss gekommen, dass die Abrüstung der konventionellen militärischen Kampfmittel wie Artillerie und Panzer momentan keine Option mehr darstellt.» Und: «Ich gebe zu, wir haben uns getäuscht.» Entsprechend viel Liebe und Aufmerksamkeit wurden ihr von der Bürgerpresse zu teil.
Der völkerrechtswidrige Krieg gegen die Ukraine hat die si-

cherheitspolitische Diskussion in der Schweiz tief in die 1980er und 1990er Jahre zurückkatapultiert. Aber vielleicht helfen ja Fakten. Auch hier eine kleine Auswahl:
● Die Schweiz hat ihre Militärausgaben in den vergangenen Jahren dauernd erhöht. 2020 waren sie auf dem höchsten Stand seit 1995. Die quasi offiziellen 0,8 Prozent
Die Schweizer Armee leidet nicht unter Geldmangel.
des Bruttoinlandproduktes (BIP) weisen in der Schweizer Rechnung nicht alle Kosten aus. Es fehlen zum Beispiel die Kosten für die Armee, die von den Kantonen und Gemeinden getragen werden müssen. Ebenfalls nicht berücksichtigt sind die Ausgaben für die Militärversicherung, für den staatlich garantierten Erwerbssatz sowie die Lohnfortzahlungen der Arbeitgeber für Dienstpflichtige. Realistischerweise liegen die Gesamtkosten heute schon bei

mindestens 1,2 Prozent des BIP.
● Die Schweizer Armee leidet nicht unter Geldmangel. Sie leidet unter der Unfähigkeit, es wenigstens pannenfrei auszugeben. Per Ende 2020 verliefen von 23 Grossbeschaffungsprojekten der Armee «8 plangemäss, 7 nur teilweise und die 8 übrigen in der Mehrheit der Kriterien nicht wie vorgesehen». Das sagen nicht linke Armeekritikerinnen und -kritiker, sondern Amherds VBS selbst. Der Bericht für 2021 liegt noch nicht vor. Bereits letztes Jahr ist aber bekannt geworden, dass die Armee allein bei IT-Projekten 100 Millionen zu viel verlost hat.
ZU VIEL, NICHT ZU WENIG
Kriegsflüchtlinge sind nicht wegen Abrüstung auf der Flucht, sondern wegen Aufrüstung. Wer das Sterben und Leiden dieser Aufrüstungsoffer instrumentalisiert, um noch mehr Aufrüstung zu fordern, ist zynisch. Denn Panzer, Bomben, Kampffjets und Raketen sind nicht die Lösung, sondern das Problem.

F-35: Ein atomwaffenfähiger Angriffs-Tarnkappenbomber

Bürgerliche Parteien und der Bundesrat wollen die F-35-Beschaffung ohne Volksentscheid durchdrücken. Dabei stellen sich mehr Fragen denn je.
CLEMENS STUDER
Mit einem Zufallsmehr von 8670 Stimmen (bei 3 202 730 abgegebenen) sagte das Volk am 27. September 2020 Ja zur Beschaffung von neuen Kampfflugzeugen – ohne sich zum Typ äussern zu können. Linke

Es gibt keinen Zeitdruck bei der F-35-Beschaffung.

Parteien und fortschrittliche Organisationen haben immer klargemacht, dass sie die Beschaffung eines US-Jets mit einer Initiative bekämpfen werden. Trotzdem entschied sich der Bundesrat für den US-Tarnkappenbomber F-35. Das Beste, was der Kriegsmarkt so hergebe, behauptet das VBS: sensationell

günstiges Preis-Leistungs-Verhältnis und sowieso ideal für die Schweiz.
Doch es gibt erhebliche Zweifel an den VBS-Aussagen. So erhebliche, dass sich derzeit gleich zwei Gremien damit beschäftigen: Die Geschäftsprüfungskommission des Nationalrates überprüft die Rechtmässigkeit der Vergabe, und die Eidgenössische Finanzkontrolle widmet sich den finanziellen Risiken der Beschaffung genauer.
SCHWEIZ IM ANGRIFFSKRIEG
Und es gibt noch weitere Fragezeichen. So enthüllte die SRF-«Rundschau» die vom VBS geheimgehaltenen Szenarien der Kampffjet-Ausschreibung. Die Hälfte davon drehte sich um Schweizer Einsätze im Ausland. Und zwar um «präventive Einsätze» – also Angriffskrieg. Zum Beispiel auf Tschechien. Dort – 370 Kilometer von der Schweiz entfernt – mussten die Bomber in einem Szenario beweisen, wie gut sie einen Flughafen bombar-

dieren können und gleich noch einen gegnerischen Kommandanten-Konvoi «ausschalten».
US-GENERAL WIDERSPRICHT
Die VBS-Propaganda wird Mal um Mal entlarvt. Und es ist nicht anzunehmen, dass schon alles aufgedeckt ist. Das dürfte der wahre Grund sein, warum das VBS und rechte Parteien den Kaufvertrag im Schweinsgalopp unterschreiben wollen. Ihr neuestes Argument: Wenn die Volksabstimmung abgewartet werden müsste, müsste die Schweiz hintenanstehen, weil jetzt auch Deutschland den F-35 kaufen wolle. Deutschland will dies übrigens explizit wegen der «nuklearen Teilhabe» – das ist Militaristen-Deutsch und meint: Der F-35 kann in Deutschland mit US-Atombomben bestückt werden, die dann zum Beispiel



FOTO: BOEING

auf St. Petersburg abgeworfen werden können.
Dumm für die Tarnkappenbomber-Fans: Es gibt überhaupt keinen Zeitdruck. Das bestätigte am Dienstag dieser Woche ausgerechnet der vom VBS als Star-gast nach Payerne VD eingeladene Charles Q. Brown Jr., General der US-Luftwaffe. Er sagte: «So wie ich informiert bin, hat die Schweiz einen Platz in der Warteliste, und dieser ist garantiert. Ich sehe nicht, dass sich das ändert.»
Bereits sind rund 88 000 Unterschriften gegen den US-Tarnkappenjet beisammen. Wer noch nicht unterschrieben hat, kann das hier nachholen: www.stop-f-35.ch.



FRIEDENSTAUBE: Eine Demonstrantin in St. Petersburg wird von der Polizei abgeführt.
FOTO: KEYSTONE

Russische Friedensbewegung beweist grossen Mut, doch: Wo bleiben Russlands Gewerkschaften?

Der postsowjetische Gewerkschaftsbund FNPR ist dem Kreml-herrscher treu ergeben. Kleinere Verbände kritisieren Putin dagegen erstmals öffentlich. Und riskieren damit sehr viel.

JONAS KOMPOSCH

Moskau am 13. März 2022: Es ist der achtzehnte Tag des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine. Eine Frau steht allein auf dem Roten Platz und unterhält sich mit einem Fernsehjournalisten. Sie fragt ihn: «Bist du für uns Aktivistinnen?» Er: «Natürlich!» Dann zieht sie ein kleines Papier aus ihrer Jacke. «Zwei Worte» steht darauf, sonst nichts. Noch vor zwei Wochen wäre die Frau wohl expliziter gewesen, hätte «нет войне» (sprich: «Njet vojne») auf ihr Plakat geschrieben,

«Der Krieg spaltet die russische Gesellschaft.»

LEHRER-GEWERKSCHAFTER
DIMITRI PETROW*

ben, also «Nein zum Krieg!». Heute ist das hochriskant. Am 4. März beschloss das russische Parlament ein Gesetz, das die Weitergabe von «Falschinformationen» über die Aktivitäten der Streitkräfte unter Strafe stellt. Ebenso die «Diskreditierung» der Truppen. Auch die Begriffe «Krieg», «Invasion» und «Angriff» dürfen zur korrekten Beschreibung der sogenannten Spezialoperation in der Ukraine nicht mehr verwendet werden. Bei Widerhandlung drohen hohe Geldbussen oder bis zu 15 Jahre Lagerhaft.

Daher fragt die Frau auf dem Roten Platz: «Was denkst du, werden sie mich mit diesem Plakat verhaften?» Just in diesem Moment stürmen vermummte Polizisten heran und führen die Kriegsgegnerin ab. Noch verrückter wird es Sekunden später: Eine zweite Frau spricht den Journalisten an. Ob er eigentlich nur Systemkritiker filme, sie als zufriedene Bürgerin und Befürworterin der «Spezialoperation» wolle näm-

lich auch etwas sagen. Doch zu mehr reicht es nicht. Wieder stürmen Putins Schergen heran und verhaften auch diese Frau – erneut vor laufender Kamera.

TÄGLICHE PROTESTE

14971 inhaftierte Demonstrantinnen und Demonstranten in über 150 Ortschaften hat die russische Nichtregierungsorganisation OVD-Info seit Kriegsbeginn am 24. Februar schon gezählt (Stand Redaktionsschluss am 16. März). Trotzdem komme es immer noch täglich zu Protesten. Auf die Strasse gingen allerdings vorwiegend junge Leute in grossen Städten. Das bestätigt auch Dimitri Petrow* von der unabhängigen Lehrgewerkschaft. Er ist der einzige russische Gewerkschaftsvertreter, der auf eine breit angelegte work-Umfrage reagiert hat. Petrow schreibt, es sei schwer zu sagen, wie verbreitet die Ablehnung des Krieges unter seinen Landsleuten sei: «Während staatliche Meinungsumfragen eine Kriegs-Zustimmung von über 70 Prozent ergeben, kommt eine Analyse der unabhängigen Zeitung «Nowaja Gazeta» auf das genaue Gegenteil. Wie auch immer: Der Krieg spaltet die russische Gesellschaft zweifelos.» Auch seine Lehrgewerkschaft habe sich an der Frage entzweit, ob sie den Krieg öffentlich verurteilen sollte.

Genau das getan haben allerdings die Gewerkschaft des Luftfahrtpersonals des Moskauer Flughafens Scheremetjewo, die russische Seeleutegewerkschaft (die über die Internationale Transportarbeiterföderation mit der Unia verbunden ist) sowie KTR, der 2,5 Millionen Mitglieder starke Dachverband der Alternativgewerkschaften.

GEWERKSCHAFTSBUND FASST MUT

Der KTR verkündete bereits am zweiten Tag der Invasion: «Mit grosser Bitterkeit halten wir fest, dass es die arbeitende Bevölkerung beider Länder ist, die unter dem Konflikt leidet.» Die «militärischen Aktionen» müssten «sofort» aufhören. Ein vorsichtiges, aber mutiges Statement! Und eines, das völlig neue Dynamiken offenbart. Denn bis anhin hatte sich der KTR kaum je getraut, Putins Politik öffentlich zu kritisieren. Erst recht nicht, seitdem ihr Mitglied, die kämpferische Automobilarbeitergewerkschaft MPRA, 2018 als «ausländische Agentin» angeklagt und faktisch zerschlagen worden war. Keine Probleme mit dem Kremlherrscher hat dage-

Gewerkschaften in der Ukraine: Im Kriegsmodus

Bis vor kurzem waren die ukrainischen Gewerkschaften – analog den russischen – zweigeteilt und verfeindet: Einerseits ist da der grosse, aber äusserst handzahme Gewerkschaftsbund FPU. Er hat sowjetische Wurzeln. Andererseits der kleinere, dafür konflikt-freudigere Dachverband KVPU. Er ist ein Kind der national-patriotischen Bewegung und der Bergarbeiterstreiks der 1990er Jahre. Während der KVPU den Maidan-Aufstand in Kiew von 2014 unterstützte, hielt der FPU zur damals noch russlandfreundlichen ukrainischen Regierung. Ganz anders heute: Beide Verbände unterstützen die ukrainischen Truppen mit Geld und Logistik. Der FPU fordert sogar eine Nato-Intervention, wohlwissend, dass dies den dritten Weltkrieg auslösen würde. (jok)

gen der Gewerkschaftsdachverband FNPR – der grosse Konkurrent der KTR.

PUTINTREUE «GEGEN NAZIS»

Der FNPR ist der direkte Rechtsnachfolger der sowjetischen Betriebsorganisationen und mit seinen rund 28 Millionen Mitgliedern die grösste zivile Organisation in Russland nach der orthodoxen Kirche. Seit 20 Jahren entwickelt sich der Riesenverband zunehmend zur tragenden Stütze des Regimes. So verurteilten die FNPR-Spitzen sämtliche Oppositionsproteste der letzten Jahre scharf. Und auch jetzt stellen sie sich voll hinter den Kreml: Man unterstütze den Herrn Präsidenten bei seiner «Operation zur Entnazifizierung der Ukraine», schreibt der FNPR in einem Communiqué. Es endet mit dem Schlachtruf «Friede den Nationen! Krieg den Nazis!»

Trotz solchem Kriegsgeheul hat Lehrer Petrow die Hoffnung nicht aufgegeben. Die weitere Entwicklung sei zwar schwer vorauszusagen. Eines jedoch sei sicher: «Die Friedensbewegung ist jetzt besser organisiert und viel aktiver als die Kriegsunterstützer, obwohl letztere vom Staat unterstützt werden.»



MASSENMÖRDER PUTIN

Es war der letzte Tag im Februar und der erste Tag der Frühlingssession des Uno-Menschenrechtsrates. Ein stürmisch regnerischer Tag. Die eiskalte Bise

«Präsident Putin, beenden Sie diesen Krieg! Beenden Sie das Morden! Verlassen Sie die Ukraine!»

UNO-GENERALSEKRETÄR
ANTÓNIO GUTERRES

Traditionell beginnt die Frühlingssession mit dem «High-Level Segment», dem Redezyklus der Regierungschefs und Aussenminister.

VERZWEIFELTER GUTERRES. António Guterres trat ans Rednerpult. Er las seine Rede während sechs Minuten vor, dann schwieg er plötzlich, legte seine Papiere zur Seite. Mit vor Erregung zitternder Stimme sagte er: «Präsident Putin, beenden Sie diesen Krieg! Beenden Sie das Morden! Verlassen Sie die Ukraine!»

Ich kenne den Generalsekretär persönlich gut. Er lebte zehn Jahre in Genf als Uno-Hochkommissar für Flüchtlinge. Er ist einer der besonnensten, selbstbeherrschtesten Menschen, die ich kenne. Ich hatte ihn nie zuvor so verzweifelt gesehen. Die Uno wurde im Juni 1945 in San Francisco von den Siegermächten des Zweiten Weltkriegs gegründet. Ihr Ziel war und ist dreifach: Sicherung der Menschenrechte, sozialer und wirtschaftlicher Schutz für die Schwächsten und Garantie des Weltfriedens durch ein System der kollektiven Sicherheit. Kapitel 7 der Charta stellt die Instrumente zur Verfügung, die den Weltfrieden sichern sollen: die internationale Armee der Blauhelme, radikale, politische, finanzielle und soziale Sanktionen, die einen Aggressor kollektiv zur Einhaltung des Völkerrechtes zwingen sollen.

BLOCKIERTE UNO. Uno-Mitgliedstaat Russland überfällt den Uno-Mitgliedstaat Ukraine. Putin ist ein Massenmörder. Was er in den beiden Tschetschenienkriegen (1994–1996 und 1999–2009) und in Syrien an fürchterlichen Verbrechen beging, vollbringt er jetzt in der Ukraine: die Ermordung von Tausenden, die Bombardierung von Spitälern, Bäckereien, Schulen, die Zerstörung ganzer Wohnquartiere. Und die Uno kann aufgrund der russischen Vetomacht im Sicherheitsrat nichts unternehmen. In der Ukraine gibt es deshalb keinen einzigen Blauhelm-Soldaten an ausgehandelten Waffenstillstandslinien, keine humanitären Korridore unter internationaler Kontrolle, kein Flugverbot über Wohnquartieren. Keines der vielen Instrumente zur Sicherung der kollektiven Sicherheit und damit des Weltfriedens kann von der Weltgemeinschaft eingesetzt werden.

KOFI ANNANS POLITISCHES TESTAMENT. Der damalige Uno-Generalsekretär Kofi Annan verliess 2006 sein Amt. Er hinterliess als politisches Testament einen Plan zur Reform des Uno-Sicherheitsrates: Keines der fünf permanenten Mitglieder sollte künftig in der Lage sein, ein Veto zu erheben in Konflikten, in deren Verlauf Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen werden. Die permanenten Mitgliedstaaten lehnten Kofi Annans Plan ab.

Im kommenden Juni wird die Schweiz aller Voraussicht nach als eines der zehn nicht permanenten Mitglieder in den Sicherheitsrat gewählt. Die wichtigste Aufgabe unseres Landes sollte es sein, zusammen mit anderen reformwilligen Staaten Kofi Annans Testament durchzusetzen.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Sein im letzten Jahr im Verlag Bertelsmann (München) erschienenes Buch **Die Schande Europas. Von Flüchtlingen und Menschenrechten** kam jetzt als Taschenbuch mit einem neuen, stark erweiterten Vorwort heraus.

* Name geändert

Gewerkschaftsbund: CO₂-Abgaben jetzt rasch rückerstatten

Der Angriffskrieg von Russland gegen die Ukraine und seine Folgen haben massive Auswirkungen auf die Wirtschaft. Auch in der Schweiz. Der SGB schreibt dem Bundesrat.

CLEMENS STUDER

Die Auswirkungen der Bekämpfung der Corona-Pandemie auf diverse Branchen sind noch längst nicht vorbei. Und bereits zeitigt der russische Überfall auf die Ukraine erste Folgen auch für die Schweizer Wirtschaft. Und es trifft wieder die gleichen Branchen besonders stark, die zum Teil noch unter den Corona-Folgen leiden: den Tourismus und die Exportindustrie. Die Tourismusbranche und die Luftfahrt werden darunter leiden, dass Reisende aus Asien und den USA Europa meiden werden. Die Exportindustrie hat



CO₂-ABGABE FÜR ERDÖL: Sie soll jetzt schnell der Bevölkerung zugute kommen. FOTO: KEYSTONE

mit höheren Rohstoffpreisen und Energiekosten zu kämpfen. Ausserdem wertet sich der Schweizer Franken auf, und die Weltkonjunktur schwächt sich ab.

BEWÄHRT. Die explodierenden Preise für Benzin, Heizöl und Gas lassen die Teuerung steigen. Die Lohnabhängigen haben weniger Geld im Portemonnaie. Was den enorm wichtigen Binnenkonsum schwächt. Während bürgerliche Politikerinnen und Politiker mantra-mässig die Senkung der Mineralölsteuern verlangen oder gar mit der Aussetzung der CO₂-Abgabe liebäugeln, haben die Gewerkschaften einen besseren und rasch wirksamen

Bevölkerung und Unternehmen hätten 200 Millionen mehr Kaufkraft.

Vorschlag, der die Haushalte substantiell entlastet, ohne Umwelt- und Klimaziele in Frage zu stellen. In einem Brief an den Bundesrat hat der SGB sie formuliert: die schnellere Rückerstattung der CO₂-Abgabe. Das hat sich bereits in der Finanzkrise 2009 bewährt. Auch damals beschleunigte der Bundesrat auf Druck der Gewerkschaften die Rückerstattung der CO₂-Abgabe.

200 MILLIONEN. Seit dem 1. Januar beträgt die Abgabe pro Tonne CO₂ 120 Franken. Zuvor waren es 96 Franken. Die Erhöhung der CO₂-Abgabe führt beim Bund zu Mehreinnahmen von rund 300 Millionen Franken. Die Bevölkerung und die Unternehmen erhalten zwei Drittel der Einnahmen. Sie hätten also rund 200 Millionen Franken mehr Kaufkraft. Ein Drittel wird für Subventionen an Hausbesitzende verwendet. Der SGB verlangt nun, dass die CO₂-Abgabe nicht wie üblich während eines Jahres in der Bundeskasse liegen bleiben, sondern rasch rückerstattet werden soll.

Ausserdem verlangen die Gewerkschaften vom Bundesrat, die vereinfachte Kurzarbeit zu verlängern, die Ende Monat auszulaufen droht. Damit können Entlassungen vermieden werden.

Europa rüstet auf, obschon es schon hochgerüstet ist
Plötzlich ist der Klimawandel überhaupt kein Thema mehr

Auf Putins Angriffskrieg gegen die Ukraine reagieren mehr und mehr Staaten mit militärischer Aufrüstung. Allen voran Deutschland.

OLIVER FAHRNI

Wieder einmal gab ein deutscher Finanzminister Europa den Tarif durch: Am 14. Februar sagte Christian Lindner, die Regierungen der EU müssten sofort auf die Sparsbremse treten. Schon nächstes Jahr sollten wieder die alten Budgetregeln gelten: maximal 3 Prozent Neuverschuldung pro

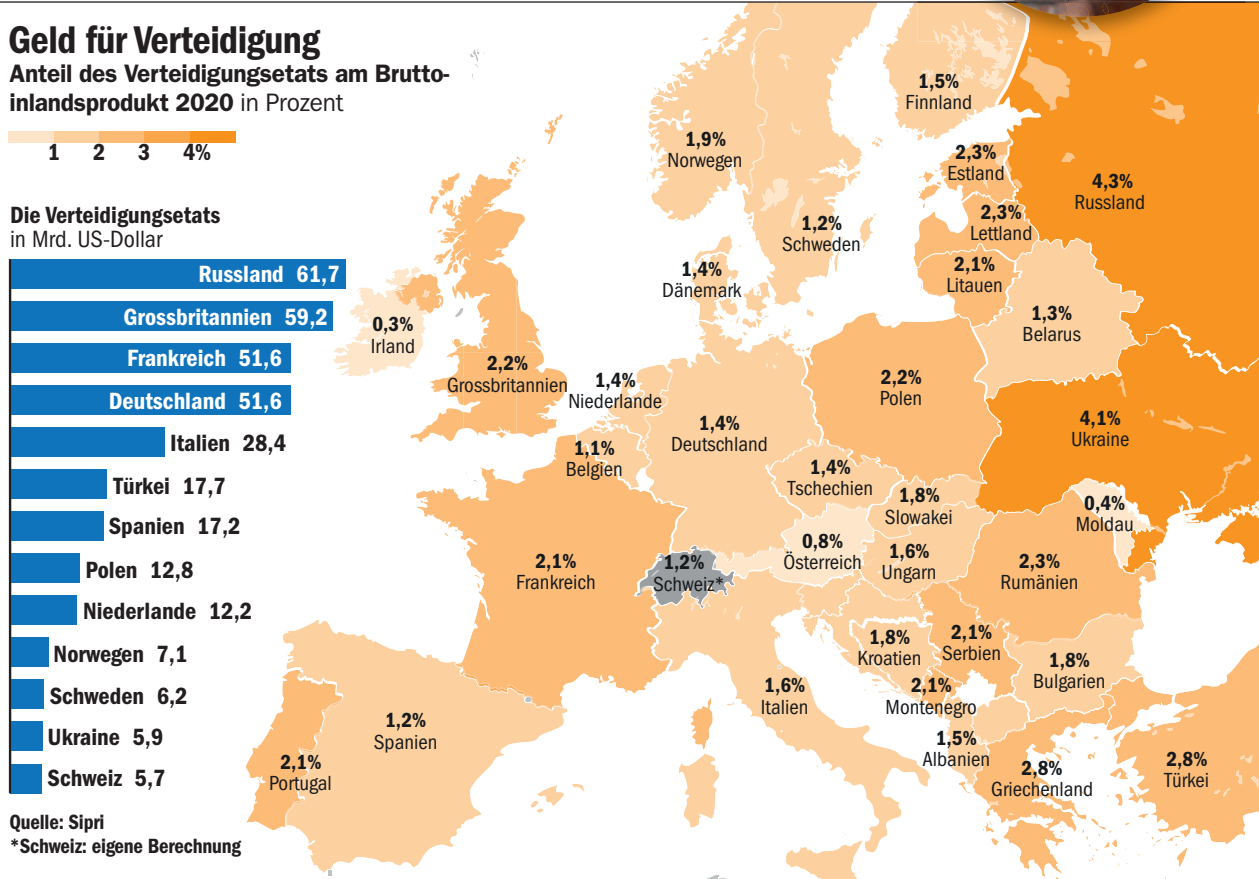
Ex-Verdi-Chef Bsirske konstatiert ein «krasses Missverhältnis» ...

Jahr und eine Schuldenobergrenze von 60 Prozent der Wirtschaftsleistung. Kurz nach Lindners Interview im deutschen «Handelsblatt» verkündete die Europäische Zentralbank, sie werde den Staaten keine frischen Mittel mehr zuführen. Panik in Paris, Rom, Brüssel: Denn das bedeutet massive Abstriche bei den Ausgaben, vor allem bei den Sozialausgaben. Lindners Chefökonom, Lars Feld, brachte bereits ein Rentenalter 70 ins Spiel.

Der Tagesbefehl aus Berlin war eine Kampfansage an die EU-«Partner». Seit Covid wütet, hielt sich nämlich niemand mehr an diese 3/60-Regel, auch nicht Deutschland. Eigentlich hatte die EU die Norm schon lange gekippt. Um mit zusätzlichen Geldern gegen die Corona-Seuche – «koste es, was es wolle» (Frankreichs Präsident Macron) – die ökonomische Solidarität in der EU zu stärken, den ökologischen Umbau voranzutreiben und die Infrastrukturen des Kontinents zu sanieren. Alles vorbei – jetzt sollte wieder der Sparbefehl gelten.

SCHOLZ MACHT MOBIL

Es kam noch schlimmer. Zehn Tage später trat der russische Herrscher Wladimir Putin seinen Aggressionskrieg gegen die Ukraine los. Der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD)



AUFRÜSTUNG BOOMT: Die Regierungen Deutschlands, Dänemarks, Schwedens und Grossbritanniens kündigten (noch) höhere Militärbudgets an. FOTO: GRAFIK WORK

reagierte sofort mit Aufrüstung: 100 Milliarden Euro – und künftig 2 Prozent des BIP – sollen Deutschlands Streitkräfte schlagkräftiger machen. Diese 2 Prozent sind eine alte Forderung der Nato. Wie Insider berichten, hatte Scholz diesen Beschluss nicht mit seiner parlamentarischen Mehrheit abgesprochen.

Egal, für die Aufrüstung gibt es gerade einen europaweiten Konsens. Die Regierungen Dänemarks, Schwedens und Grossbritanniens kündigten höhere Militärbudgets an. Diverse andere Länder folgen seither in raschem Takt.

«NACKTE PROPAGANDA»

Aufrüstung, aber zugleich Sparprogramm und Schuldenbremse, da stellen sich heikle Fragen: Was bleibt da für den dringenden Kampf gegen den Klimawandel? Und wie geht das mit der Rettung der maroden deutschen Infrastrukturen zusammen? Allein die Schulen und das Ausbildungssystem bräuchten dringend 50 Mil-

liarden Euro. Und was ist mit der Armutsbekämpfung?

Alles eine Frage der Prioritäten, findet Bundeskanzler Scholz. Die Generäle haben ihm eingeflüstert, Deutschlands Militär stehe «blank»

... zwischen den Militärausgaben Russlands und des Westens.

da, hätte im Notfall der russischen Armada also wenig entgegenzusetzen. «Nackte Propaganda», ruft da Frank Bsirske zurück. Der langjährige Ex-Chef der Dienstleistungsgewerkschaft Verdi nennt Putins Krieg «ein Verbrechen», fragt aber, wo denn die vielen Milliarden für die deutsche Rüstung geblieben seien. Denn Deutschland rüstet schon seit Jahren auf. Und die Schweiz ebenfalls (siehe Seite 6). Seit 2015 ist der deutsche Rüstungshaushalt um mehr als ein Drittel gestiegen, von 32 Milliarden auf rund 50 Milliarden Euro pro Jahr.



Europa-Gipfel: Alle wieder für sich allein



SONDERGIPFEL: Die Staatschefinnen und Regierungschefs der EU besiegeln in Versailles das Ende der solidarisch getragenen Corona-Schulden. FOTO: GETTY

chen auf die Boykott-Liste zu setzen. Rabiat verschärfte Sanktionen, etwa den

Wirtschaftlich ist Europa gross, strategisch aber klein.

Verzicht auf Gas, Öl und Kohle aus Russland, hatte Berlin schon im Vorfeld ausgeschlossen (Deutsch-

land kann nicht ohne leben). Zu gegenwärtigen Preisen spült das Putins Konzernchefs etwa 400 Milliarden Dollar jährlich in die Kassen. Enthusiastisch verschoben die Staatschefs auch die Aufnahme der Ukraine in die EU auf irgendwann. Und Deutschland, Dänemark und Finnland schickten den niederländischen Regierungschef vor, um der Versammlung

der 27 zu bedeuten, die Covid-Zeit solidarisch getragener Schulden und lockeren EZB-Gelds sei nun passé. Künftig gelte wieder: Jeder für sich allein.

KEINE EU-ARMEE. Nicht einmal das Lieblingsprojekt aller französischen Präsidenten seit Charles de Gaulle, die europäische Streitmacht, kam voran. Europa ist wirtschaftlich

eine Grossmacht, strategisch aber klein, trotz hohen Militärbudgets (siehe Grafik oben) und Atomwaffen (F und GB). Jetzt schien der Zeitpunkt günstig. Immerhin beteiligen sich zum Beispiel die Letten an französischen Militäroperationen im Sahel. Doch nicht einmal die IEL, eine Art Interventionskommando von 13 europäischen Staaten, kam bisher zum Fliegen. Zu gegensätzlich die Interessen der nationalen Rüstungsindustrien, zu effizient die Lobbyarbeit der USA, die viel daransetzen, eine von der Nato autonome europäische Streitmacht zu verhindern. Selbst Deutschland, das mit Frankreich gemeinsam für 8,6 Milliarden Euro einen «Kampfflieger der 6. Generation» («ScarF») entwickelt, kaufte sich jetzt erst einmal US-Tarnkappenbomben.

OLIVER FAHRNI



ÖLIGE GESCHÄFTE: Wladimir Putin (links) schüttelt Ex-Glencore-Chef Ivan Glasenberg die Hand. Glencore besitzt einen Anteil am grössten russischen Ölkonzern Rosneft. FOTO: GETTY



Rohstoffhandel Es braucht jetzt eine staatliche Aufsicht!

Rohstoffhändler können in der Schweiz hemmungslos geschäften, weil niemand die Branche kontrolliert. Damit soll jetzt endlich Schluss sein, fordert Public Eye.

RALPH HUG

Internationaler Rohstoffhandel heisst auch Korruption, Intransparenz, Menschenrechtsverletzungen, Umweltzerstörung, Armut für viele und Superprofite für wenige und Steuerhinterziehung mit Offshore-Konstrukten. Das sind regelmässig die Zutaten der Skandale, die auffliegen. Seit zehn Jahren fordert die Nichtregierungsorganisation Public Eye deshalb, dass der Rohstoffhandel endlich reguliert werde. Nicht nötig, sagt der Bundesrat. Obwohl er gewisse Probleme anerkennt. Und obwohl immer neue Skandale platzen.

MEHR TRANSPARENZ

80 Prozent der russischen Rohstoffe werden über die Schweiz gehandelt. Oliver Classen von Public Eye kritisiert: «So alimentiert die Schweiz Pu-



ENDLICH TRANSPARENZ! fordert Grünen-Nationalrätin Franziska Ryser. FOTO: KEYSTONE

tins Kriegskasse» (siehe auch Interview links). Höchste Zeit also für eine staatliche Aufsicht. Wie es für den Finanzmarkt die Finanzmarktaufsicht Finma gibt, sollte es für den Rohstoffmarkt eine Rohstoffmarktaufsicht «Rohma» geben. Sie müsste einen saubereren Handel gewährleisten. Einen geregelten, transpa-

Nach dem Vorbild der Finma bräuchte es eine Rohma, nur schlagkräftiger.

renten Markt statt dem heutigen Sumpfblütenteich mit seinen Grossbiotopen in Zug und Genf. Anders als die Finma müsste die Rohma jedoch Zähne haben. Und eingreifen und sanktionieren können, wenn sich Handelskonzerne um ethische, soziale und ökologische Standards foutieren.

DER ROHSTOFF-FLUCH

Doch die Rohstofflobby will keine Vorschriften, die ihre Riesengewinne schmälern. Mit Erfolg hat sie bis jetzt jede Regulierung torpediert. Jetzt aber, im Licht von Putins Angriffskrieg gegen die Ukraine, könnte ein neuer Anlauf gelingen. Die grüne St. Galler Nationalrätin Franziska Ryser hat soeben einen Vorstoss eingereicht. Denn auf vielen Staaten des Südens lastet nach wie vor der «Rohstoff-Fluch»: Sie sind zwar reich an Ressourcen, bleiben aber dennoch arm, weil sie von internationalen Konzernen im Verbund mit korrupten einheimischen Eliten ausgeplündert werden. Der Schweiz als globaler Drehscheibe im Rohstoffmarkt fällt daher eine besondere Verantwortung zu.

Trotz Sanktionen: Russisches Öl und Gas fliessen munter weiter

«Die Schweiz alimentiert Putins Kriegskasse»

80 Prozent der russischen Rohstoffe werden über die Schweiz gehandelt. Von Schweizer Rohstofffirmen. Sie tragen zum Machtausbau Putins bei, kritisiert Experte Oliver Classen von Public Eye.

RALPH HUG

work: Public Eye kritisiert, die Schweiz sei seit Jahrzehnten ein zentraler Fluchort für russisches Geld. Sind wir also Putins Tresor?

Oliver Classen: Wir sind nicht nur sein Tresor. Seit der Annexion der Krim im Jahr 2014 haben Schweizer Rohstoffhändler trotz Sanktionen massgeblich in Russland investiert und so zum Machtausbau von Putin und zu seinen finanziellen Ressourcen beigetragen. Die Schweiz alimentiert also Putins Kriegskasse.

Zum Beispiel?

Glencore hat 2016 zusammen mit Katar einen 11-Milliarden-Anteil am grössten russischen Ölkonzern Rosneft gekauft. Putin hat Glencore-Chef Ivan Glasenberg im Kreml dafür eine Medaille überreicht. Trafigura hat sich Ende 2020 mit 7 Milliarden Franken in ein ökologisch umstrittenes Rosneft-Projekt in der Arktis eingekauft. Es gilt als das nächste grosse Öl-Ding. Auch Vitrol, der grösste Ölhändler der Welt, investierte letzten Oktober 3,5 Milliarden ins gleiche Projekt. Wohlverstanden: alle diese Deals erfolgten nach den westlichen Sanktionen wegen der Krim-Annexion. Und der Handel geht auch heute munter weiter.

Rohstoffhändler mit Sitz in der Schweiz dealen also trotz Krieg mit Öl und Gas aus Russland?

Ja, die Tanker werden heute einfach umgeleitet. Statt in die USA, nach Kanada oder Grossbritannien fahren sie jetzt einfach nach Indien, China, aber auch in einzelne EU-Länder. Ein weiterer Skandal dabei ist, dass dieser Handel direkt von Preisschwankungen profitiert. Die Händler verdienen am meisten, wenn es auf dem Rohstoff-

markt rauf und runter geht. Je volatiler Angebot und Nachfrage sind, desto grösser ist die Gewinnmarge. Im Moment herrscht deshalb Goldgräberstimmung. Russisches Öl und Gas ist im Discount zu haben. Es ist für die Händler bis zu 20 Prozent billiger, weil sich niemand die Finger daran verbrennen will. Da locken schnelle Extraprofite.

Eine besondere Nähe zu Putin wird dem Genfer Rohstoffhändler Gunvor nachgesagt. Wie verhält es sich damit?

Die Firma wurde von Putins engem Vertrauten und jetzigem Oligarchen Gennadi Timtschenko gegründet. Gunvor handelte früher bis zu 30 Prozent des russischen Öls und war ebenso wichtig wie die ebenfalls in Genf ansässigen russischen Staatskonzerne Gazprom, Rosneft und Litasco. Nach der Annexion der Krim musste der von den USA sanktionierte Timtschenko seine Anteile verkaufen, um Gunvor zu retten. Niemand weiss, wie viel russisches Öl von Firmen wie Gunvor heute gehandelt wird. Das ist eines der bestgehüteten Geschäftsgeheimnisse.

Intransparenz als Geschäftsmodell?

Wir haben in der Schweiz 600 bis 900 Firmen im Rohstoffhandel. Die allermeisten davon fliegen unter dem Radar von Behörden und Öffentlichkeit. Auch weil ein Viertel bis ein Drittel davon Briefkastenfirmen sind. Solche Firmen sind komplex konstruiert und darauf ausgerichtet, Steuern zu optimieren und die wahren Besitzverhältnisse zu verschleiern. Deshalb wäre es hier absolut entscheidend, Transparenz zu schaffen. Ein erster Schritt in die richtige Richtung erfolgt jetzt mit dem Auftrag der OECD an die Schweiz, endlich ein Register für die wirtschaftlich Berechtigten zu schaffen, aus dem die wahren Eigentümer ersichtlich sind. In der EU ist das schon seit 2018 Standard.

Und Sie glauben, das SVP-gesteuerte Finanzdepartement wird das tun?

Finanzminister Ueli Maurer kommt nicht darum herum. Die Schweiz ist Gründungsmitglied der «Financial Action Task Force» und muss mitziehen. Ohne dieses Transparenz-Instrument stolpert der Staat solchen Firmen, die auf Steuerumgehung und Eigentumsverschleierung aus sind, stets hinterher. Die Rohstoffhändler ändern ihre Firmenkonstrukte dauernd, um Geldflüsse und deren Nutzniesser im Dunkeln zu halten. Darum sucht ja jetzt die ganze Welt nach Putins Vermögen, und selbst der US-Geheimdienst CIA findet es nicht...

Gäbe es für die Schweiz Sanktionsmöglichkeiten, damit Putins Kriegskasse nicht länger durch russisches Öl und Gas gefüllt wird?

Bei Sanktionen sind wir von unseren Haupthandelspartnern in der EU abhängig. Rechtlich haben wir da kaum eigene Optionen. Das steht zwar in groteskem Kontrast zur Schweizer Politik, die sonst ja mantramässig auf Unabhängigkeit von der EU pocht. Doch unser überholtes

Umgehungen von Sanktionen sind Teil des Geschäftsmodells des Schweizer Rohstoffplatzes.

Embargogesetz verbietet dem Bundesrat eigenständiges Agieren. Die Schweiz kann Sanktionen nur nachvollziehen, muss es aber nicht. Diese politisch gewollte Selbstkastration liess Sanktionsumgehungen zu einem Teil des Geschäftsmodells vom Schweizer Rohstoffplatz werden. So machte auch Rohstoffhändler und Glencore-Gründer Marc Rich mit Südafrika, Kuba oder Iran fette Profite.

Aber zurück zu Ihrer Frage: Damit solche Sanktionsumgehungen nicht auch im Fall von Russland passieren können, fordern wir von Public Eye, dass diese schleunigst gesetzlich verunmöglicht werden.

Und was ist mit den Banken? Die finanzieren den Rohstoffhandel ja massiv mit.

Es gibt zwei Bereiche: Banken finanzieren einzelne Frachten, oder sie leihen den Rohstofffirmen Geld. Erst kürzlich hat Trafigura bei einem Konsortium einen 1,2-Milliarden-Kredit aufgenommen, um die höheren Rohstoffpreise abzufedern. Niemand weiss, ob dieses Geld ins Geschäft mit russischem Öl oder Gas fliesst. Es gibt keine Rechenschaftspflicht, jegliche Transparenz fehlt.

Credit Suisse und Société Générale gaben ihren Rückzug aus der Finanzierung des Handels mit russischem Öl und Gas bekannt. Ist das glaubhaft?

Damit war primär die Finanzierung einzelner Frachten gemeint. Aber niemand kann das überprüfen. Wie gesagt: Die Margen im Handel gerade mit russischem Öl sind aktuell so gigantisch, dass auf Bonusbasis bezahlte Händler dafür auch besonders hohe Risiken eingehen. Manchmal tun sie das sogar an der Geschäftsleitung vorbei, aber nie ohne Beteiligung einer Bank. Übrigens mischt nicht nur die CS in der Rohstofffinanzierung ganz vorne mit, sondern auch die Genfer Kantonalbank.

Unia-Präsidentin Vania Alleva an der Zürcher Friedensdemo

Frieden jetzt!

Liebe Anti-Kriegs-Demonstrierende,
liebe Friedensbewegte

«Putins Krieg gegen die Ukraine ist durch nichts zu rechtfertigen. Es ist ein verbrecherischer Angriffskrieg. Seine Folgen sind gleichzeitig schrecklich und unabsehbar. Wir sind erschüttert. Wir wollen, dass er sofort aufhört, und hoffen, dass die Sanktionen dazu beitragen.

Ein Opfer des Krieges sei immer auch die Wahrheit, heisst es. Umso wichtiger ist es jetzt, das Offensichtliche festzuhalten.

Der Krieg bringt Tod und Leid über die ukrainische Bevölkerung. Er treibt Millionen in die Flucht. Diesen Menschen gilt mein erster Gedanke der Solidarität. Die Schweiz muss sie humanitär unterstützen. Und Kriegsflüchtlinge sollen bei uns ohne Vorbehalt willkommen sein – aus diesem wie auch aus allen anderen Kriegen. Das ist ganz einfach das erste Gebot der Humanität.

Dieser Krieg verschärft auch die Geiselhaft, in die das autoritäre Putin-Regime seine eigene Bevölkerung genommen hat. Umso mehr bewundere ich die mutigen Menschen, die sich in Russland gegen diesen Krieg aussprechen – trotz

Wir Gewerkschaften stellen uns seit immer gegen jeden Militarismus.

heftiger Repression. Millionen von Russen verabscheuen diesen Krieg genauso wie wir – und sie leiden unter seinen Folgen. Fremdenfeindlich motivierte Angriffe auf Russinnen hierzulande sind eine Schande.

Der Krieg in der Ukraine verbreitet Angst und Schrecken auf dem ganzen Kontinent. Unser sowieso schon bedrohter Planet wird ein weiteres Stück Richtung Abgrund getrieben. Wir müssten uns dringend den wahren Zukunftsherausforderungen stellen: der Klimakatastrophe, der Armut und wachsender

sozialer Ungleichheit. Stattdessen ist das Gespenst atomarer Vernichtung wieder aufgestanden. Und die Hydra der Aufrüstung erhebt ihre hässlichen Köpfe.

Aber Kampfflugzeuge und Raketen sind nicht nur keine Lösung – sie SIND das Problem. Meine Eltern und Grosseltern haben die Schrecken zweier Weltkriege erlebt. Ich selbst bin ein Kind des Kalten Krieges, der jahrzehntelang wie ein Mantel aus Blei über Europa lag. Solche Zeiten dürfen nicht mehr kommen. Ich kann mich noch gut an das Gefühl der Befreiung erinnern, als der Eiserne Vorhang fiel und in Europa erstmals wirklicher Friede greifbar nahe schien.

Der Westen hat damals diese historische Chance nicht ergriffen. Statt im Rahmen der OSZE eine echte, europäische Friedensordnung der Sicherheit und Zusammenarbeit aufzubauen, hat die Nato Schritt für Schritt nach Osten expandiert. Es ist wichtig, sich daran zu erinnern. Nicht weil dies Putins völkerrechtswidrigen Krieg in irgendeiner Weise relativieren würde. Nein, sondern weil es zeigt, dass sich Friede und Sicherheit nicht auf Waffen bauen lassen.

Wir Gewerkschaften wissen um die Bedeutung der internationalen Solidarität. Wir stellen uns seit immer gegen jeden Militarismus und gegen alle Imperialismen – gleich welcher Couleur. Wir fordern den Abzug der russischen Truppen, UND wir sagen Nein zu den Geistern des Kalten Krieges. Krieg ist keine Lösung – militärisches Blockdenken und Aufrüstung führen in die Sackgasse.

Sicherheit gibt es nur durch eine starke internationale Rechtsordnung und allseitige Abrüstung. Frieden erreichen wir nur mit mehr sozialer Gerechtigkeit, ökologischer Nachhaltigkeit, Demokratie und Menschenrechten – weltweit.

Wir lassen nicht zu, dass diese Wahrheit im Krieg vergessen geht.»



VANIA ALLEVA: «Kampfflugzeuge und Raketen sind nicht nur keine Lösung – sie sind das Problem.»
FOTO: MANUEL LOPEZ



FRIEDEN JETZT! fordern Zehntausende Demonstrierende in Zürich. Zuvor: Unia-Präsidentin Vania Alleva und SGB-Chef Pierre-Yves Maillard.



STOP AUFRÜSTUNG! Anja Gada und Jonas Kampus von der GSoA.



LIEBE STATT KRIEG VERBREITEN: Demozug in Zürich.



GROSSZÜGIG FLÜCHTENDE AUFNEHMEN: SP-Co-Präsidentin Mattea Meyer.

Eindrückliche Demonstrationen überall in der Schweiz

Zehntausende gegen Putins Angriffskrieg

Zehntausende Menschen gehen in der Schweiz auf die Strasse, um gegen den Angriffskrieg von Präsident Putin auf die Ukraine zu protestieren.

CLEMENS STUDER | FOTOS MANUEL LOPEZ
Am 26. Februar waren es 20 000 in Bern, am 12. März waren es ebenfalls in Bern 5000. Und dazwischen, am 5. März, waren es 40 000 in Zürich. Auch zahlreiche kleinere Kundgebungen fanden quer durch

die Schweiz statt. Die Kundgebung in Zürich eröffnete Unia-Präsidentin Vania Alleva: «Der verbrecherische Angriffskrieg ist durch nichts zu rechtfertigen. Die Schweiz muss alles dafür tun, um den am meisten Betroffenen humanitäre Hilfe zukommen zu lassen. Und Kriegsflüchtlinge sollen bei uns ohne Vorbehalt willkommen sein. Aus diesem wie auch aus allen anderen Kriegen.» (Die ganze Rede siehe links.) Es folgten die eindrücklichen und bewegenden Worte von Sara Gorbunsky, die auf die Situation der Menschen in der Ukraine einging: «Wer kann, der geht. Die, die bleiben, sind die, die nicht gehen können: Alte, Kranke, Invalide, die Schwächsten der Gesellschaft.» (Die ganze Rede im Video gibt es hier: rebrand.ly/demo-rede1)

FÜR DIE OPFER
Auch die Vertretenden der Gruppe für eine Schweiz ohne Arme (GSoA) betonten die grausamen Folgen des Krieges: «Unsere Solidarität muss allen – auch den ukrainischen – Deserteuren und Kriegsverweigerern gelten.» Anja Gada forderte: «Das Ausreiseverbot für Männer von 18 bis 60 Jahren muss sofort aufgehoben werden.» Und Jonas Kampus wehrte sich gegen die nun von rechter Seite geforderte Aufrüstung

der Schweiz (Siehe auch Seite 6). Der russische Schriftsteller Mikhail Shishkin fand klare Worte zur Solidarität zwischen der russischen und der weltweiten Friedensbewegung sowie den Menschen in der Ukraine. «Die Ukrainer kämpfen für eure und für unsere Freiheit!» sagte er.
Misha Schiwow, Parlamentarier der linken Alternativen Liste (AL) und derzeit Zürcher Parlamentspräsident, rief die Anwesenden auf, sich für den Frieden einzusetzen: «Hören wir nicht auf die heute laut werdenden Stimmen, die Vergeltung und kriegserische Lösungen fordern. Tun wir alles, um dem Frieden eine Chance zu geben!»

(Die ganze Rede gibt es hier: rebrand.ly/demo-rede2)
GAS FINANZIERT DEN KRIEG
Nach einer Schweigeminute für die Opfer des Krieges ergriff SP-Co-Präsidentin Mattea Meyer das Wort, um sich für die grosszügige Aufnahme von Flüchtlingen aus der Ukraine einzusetzen: «Es ist zu befürchten, dass viele dieser Menschen für lange Zeit nicht mehr zurück in ihre Heimat können. Umso wichtiger ist es, dass die betroffenen Menschen rasch arbeiten dürfen und ausreichenden Zugang zu Bildungsangeboten und Sozialversicherungen erhalten.» (Die ganze Rede gibt es hier: rebrand.ly/demo-rede3)

Zum Schluss sprach Balthasar Glättli, Präsident der Grünen Schweiz. Er betonte, dass dem russischen Regime der Geldhahn abgedreht werden müsse, um die Kriegshandlungen möglichst rasch zu stoppen: «Trotz allen Sanktionen finanziert der Rohstoffhandel, der Verkauf von Öl und Gas, weiter Putins Krieg. Und die Schweiz ist der wichtigste Handelsplatz. Das muss gestoppt werden!» (Siehe auch Seite 9, und die Rede zum Nachhören gibt es hier – ein bisschen runterscrollen: rebrand.ly/demo-rede4)



STILLE HOFFUNG: Friedenstaube-Transpi in Zürich.



STOPPT DEN KRIEG! Am Bellevue in Zürich.



GEGEN WAFFEN: Friedensdemo in Bern. FOTO: KEYSTONE

Die grosse Not der ukrainischen Kriegsflüchtlinge

So können Sie den Menschen sinnvoll helfen

Geld- und Sachspenden für die ukrainischen Kriegsoffer, Hilfe für Flüchtlinge, die in die Schweiz kommen: work hat einige nützliche Infos zusammengestellt.

MICHAEL STÖTZEL

Die schnellste und sicher auch effektivste Unterstützung für die bereits in die Millionen gehenden Flüchtlinge in den meist ärmlichen osteuropäischen Nachbarländern bieten professionelle Hilfswerke mit ihren oft langjährigen Kontakten vor Ort. Orientierung für Spenderinnen und Spender bietet dazu die **NGO-Kontrollorganisation Zewo**, die ehemalige «Zentrale Anlaufstelle für Wohlfahrtsunternehmen». Sie hat speziell für die Ukraine-Solidarität eine Liste mit vertrauenswürdigen Hilfswerken veröffentlicht (**zewo.ch**). Alle dort aufgeführten Organisationen bieten auf ihren Homepages unkomplizierte Spendenmöglichkeiten an. Sie sorgen mit den Spenden für die Verpflegung und erste Hilfe der vielen Wartenden an den Grenzstationen und für ihre vorläufige Unterbringung in den Aufnahmelandern. Beispiele:

Die **Glückskette** setzt ihre Spendensammlung für die Ukraine vom nationalen Aktionstag (9. März) fort: IBAN CH82 0900 0000 1001 5000 6. Die Spenden werden von verschiedenen Hilfswerken für Notunterkünfte, Verpflegung und medizinische Soforthilfe in den Anrainerstaaten Polen, Moldawien, Rumänien, Slowakei und Ungarn verteilt. Hilfsprojekte innerhalb der Ukraine will die Glückskette finanzieren, «sobald die Sicherheitslage es zulässt».

Caritas Schweiz (caritas.ch) sammelt für «Hilfskisten» mit Kleidung, Medizin, Heizmaterial und Ausstattung von Unterkünften im Wert von 50 bis 250 Franken für Flüchtlinge in Polen und Moldawien. Zudem unterstützt sie ihre ukrainische Partnerorganisation.

Das parteipolitisch und konfessionell unabhängige Hilfswerk **Helvetas (helvetas.org)** kon-



SOLIDARITÄT: Ein freiwilliger Helfer sortiert und verlädt vor der ukrainischen Botschaft in Bern gespendete Hilfsgüter. FOTO: KEYSTONE

zentriert sich auf Hilfe in Moldawien, dem Land, das im Verhältnis zu seinen Einwohnerinnen und Einwohnern die meisten ukrainischen Flüchtlinge aufgenommen hat. Jetzt finanziert das Hilfswerk Busse, die die Menschen von der Grenze in die Hauptstadt Chisinau bringen. Unter ihnen verteilt es SIM-Karten und organisiert Internetzugänge, damit sie mit ihren Angehörigen in Kontakt bleiben können.

Helvetas rät Privaten davon ab, selbst an die ukrainische Grenze zu fahren, dabei die überlas-

teten Strassen zu blockieren und nach eigenem Gutdünken gesammelte Hilfsgüter zu liefern, die nicht gebraucht oder nur mit grossen logistischen Schwierigkeiten verteilt werden können. Vernünftiger sei es, Hilfswerke finanziell zu unterstützen, die ihre Arbeit mit lokalen Organisationen koordinieren, die am besten wüssten, was gebraucht werde.

RECHTSHILFE

Begleitung bei Behördengängen bietet in Bern die **Rechtsberatungsstelle für Menschen in Not** (Eigerplatz 5, 3007 Bern, Tel: 031 385 18 20). Sie vermittelt auch Kontakte zu Anwältinnen und Anwälten in Zürich. Die Beratungsstelle sucht Verstärkung, speziell von Personen, die Russisch

Spenden: Unia empfiehlt

Das gewerkschaftsnahe Hilfswerk **Solidar Suisse (solidar.ch)**, zu dessen regelmässigen Spenderinnen die Unia gehört, arbeitet in Rumänien zurzeit mit zwei Organisationen zusammen, die sich seit längerem um Migrantinnen und Migranten kümmern. Der Kontakt mit ihnen kam dank früheren Projekten von Solidar in Rumänien zustande. Jetzt bieten sie in Timisoara, im Westen des Landes, nahe an der Grenze zu Ungarn, und im zentral gelegenen Brasov Anlaufstellen für die Flüchtlinge. Nach erster Hilfe und einer Registrierung wird dort abgeklärt, ob sie in Rumänien bleiben oder weiter in den Westen reisen wollen. Das scheint für die meisten das Ziel zu sein. So werden für sie einerseits Unterkünfte für sechs bis zwölf Monate gesucht, andererseits erhalten diejenigen, die weiterwollen, auch finanzielle Unterstützung. Schliesslich hat Solidar nach Angaben von Vera Haag, der Leiterin Humanitäre Hilfe, zusammen mit der Glückskette Expertinnen und Experten nach Rumänien geschickt, die in diesen Tagen weitere Hilfsmöglichkeiten suchen.

Auch die **europäischen Gewerkschaftsföderationen** sammeln Spenden für ihre Solidaritätsarbeit: **petitions.ituc-csi.org/support-ukraine-de.** (ms)

oder Ukrainisch sprechen: **ukraine.rbs.ch**. Entsprechende Unterstützung bietet auch die **Schweizerische Flüchtlingshilfe** an (**fluechtlingshilfe.ch**).

PRIVATE UNTERKUNFT

Die Flüchtlingshilfe vermittelt zudem Unterkünfte für Flüchtlinge bei Privaten. Dazu hat die Petitionsplattform **Campax (act.campax.org)** bereits Angebote von Haushalten und Betten gesammelt. Mediensprecher Christian Messikommer legt allerdings Wert darauf, dass diese Angebote Absichtserklärungen sind, die von der Flüchtlingshilfe bzw. den Bundesasylzentren zunächst geprüft werden. Gefordert wird ein abschliessbares Schlafzimmer für höchstens drei Erwachsene, ein Zugang zu Bad und Küche und die Verpflichtung, die Gäste mindestens drei Monate aufzunehmen.

rosazukunft Technik, Umwelt, Politik



Krieg in der Ukraine: Strom, Getreide und Hunger

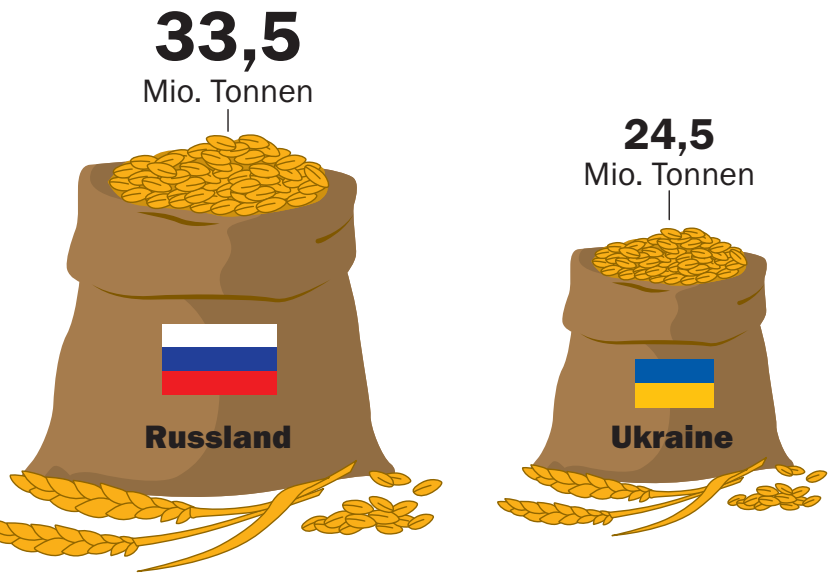
Den Menschen in den Armenhäusern dieser Welt droht jetzt noch mehr Hunger. Was können wir tun gegen die negativen Auswirkungen von Krieg und Sanktionen?

Beginnen wir mit den Grössenordnungen: Weltweit produziert die Landwirtschaft pro Kopf 90 Kilo Getreide pro Jahr. Russland und die Ukraine exportieren pro Kopf der Weltbevölkerung 8 Kilo Weizen pro Jahr.

Wer Getreide produziert, braucht Dünger, um gute Erträge zu erzielen. Und der stammt wiederum zu einem schönen Teil aus Russland. Die Preise pro Tonne Kali haben sich seit Januar 2021 vervierfacht. Von 225 auf 900 Dollar pro Tonne. Parallel dazu haben sich die Preise pro Tonne Getreide, Mais und Soya mehr als verdoppelt.

Ägypten, die Türkei, Indonesien, Jemen und andere Länder sind auf Importe angewiesen. Sie müssen sich zusätzlich verschulden, um das importierte Getreide zu verbilligen. Wenn es denn überhaupt genügend Weizen auf dem Weltmarkt gibt. Es drohen Hungersnöte.

WENIGER FLEISCH ESSEN. Einige Weitsichtige fordern nun, dass die reichen Länder, welche die Sanktionen verhängt haben, die Folgen



KORNKAMMERN DER WELT: Russland exportiert 33,5 Tonnen Weizen pro Jahr, die Ukraine 24,5 Tonnen. FOTO: TNT GRAPHICS

ihrer Politik finanziell abfedern. Die reichen Länder könnten den Verbrauch von Getreide, Mais und Soya massiv senken, wenn wir weniger Fleisch essen würden. Ein Schwein muss man mit mehr als 6 Kilo Getreide, Mais und Soya füttern, damit wir ein Kilo Schweinefleisch verzehren können. Deshalb müssten wir, bis Frieden einkehrt, weniger Fleisch, weniger Cervelats essen. Hart, aber wahr.

Bisher bezahlten die Schweizer Konsumentinnen und Konsumenten

auf importierte Futtermittel hohe Zölle. Zölle sind Einnahmen des Staates wie Stempelsteuern. Die Bauernlobby ist verdammt bauernschlau. Sie hat durchgesetzt, dass die Zölle auf Futtermittel für Hühner, Schweine und Rinder gesenkt oder gestrichen werden. Damit die Fleischpreise in der Schweiz nicht explodieren. Das war bisher nicht gross ein Thema.

ERNEUERBARE ENERGIEN. Russland lebt zu einem schönen Teil vom

Export von Öl und Gas. Die EU will diese Importe schrittweise stoppen. Wie schnell, ist etwas umstritten. Atomkraftwerke sind keine realistische Option. Ihr Bau dauert zu lange. Atomstrom ist viel zu teuer. Und Atomkraftwerke sind – wie der Krieg gegen die Ukraine belegt – die Atombomben im eigenen Land. Der Umstieg auf neue, erneuerbare Energien wird gewaltig Fahrt aufnehmen. Zumindest in der EU.

Wir hätten eigentlich drei Trümpfe in der Hand.

TRUMPF 1: In den Stauseen der Schweiz lagern 7 Milliarden Kilowattstunden Strom. Der Bund müsste die Speicherkraftwerke enteignen und sie als strategische Reserve einsetzen.

TRUMPF 2: Das Stromnetz ist ein natürliches Monopol. Der ehemalige SP-Preisüberwacher Rudolf Strahm hatte den vielen kleineren und grösseren Monopolisten eine Sonderrendite von 3,8 Prozent zugestanden. Der heutige CVP-Preisüberwacher Stefan Meierhans will diese durch nichts zu rechtfertigende Monopolrente streichen. Gut so!

TRUMPF 3: Wir haben keine Gasspeicher. Und deshalb ist der Bau von Gaskraftwerken ungefähr das Dummste, was wir machen können. Umgekehrt haben wir zu viele Öltanks in unseren Kellern. Beim Umstieg auf Wärmepumpen werden viele von diesen überflüssig. Wir müssten sie mit Elektro-Kraftstoff

füllen, der mittels Strom aus Wasser und Kohlenstoffdioxid hergestellt wird. Damit wir im Fall der Fälle mit Notstromaggregaten die Schweiz versorgen können.

Cyrril Pinto dazu im «Tages-Anzeiger»: «Die Stadt Zürich kann die Trinkwasserversorgung auch bei einem Stromausfall sicherstellen. Und das, obwohl die Aufbereitung und Einspeisung des Wassers mit Pumpen betrieben wird, die nur mit Strom funktionieren. Bei einem Stromausfall springen riesige Diesel-Stromaggregate an, welche die Pumpen mit Strom versorgen. So kann die Stadt einen Stromausfall von bis zu zwei Wochen überbrücken und sicherstellen, dass trotzdem aus jedem Wasserhahn Wasser in Trinkqualität zur Verfügung steht.»

LINK ZUM THEMA:

● **rebrand.ly/futtermittelreport**

Greenpeace hat eine gute Studie zum Futtermittel-Wahnsinn machen lassen. Dies allerdings, bevor der Krieg gegen die Ukraine losging. Greenpeace müsste diese Studie deshalb dringend aktualisieren.

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»: **www.workzeitung.ch**

Neuer Gare-Atlas deckt europaweite Diskriminierung auf: Frauen müssen viel mehr chrampfen

Frauen arbeiten mehr als Männer. Denn nebst der bezahlten Arbeit leisten sie viel mehr Sorgearbeit als ihre Parnter, haben aber 37 Prozent weniger Einkommen. Das zeigt jetzt der neue EU-Care-Atlas.

RALPH HUG

Rechtzeitig zum Internationalen Frauentag vom 8. März haben die Stiftung für fortschrittliche europäische Studien (FEPS) in Brüssel und die sozialdemokratische deutsche Friedrich-Ebert-Stiftung einen interaktiven Atlas publiziert. Auf einer Europakarte lassen sich die verschiedenen Länder der EU anklicken und die genauen Statistiken ablesen. Diese haben die beiden Stiftungen anhand der europäischen Statistik Eurostat errechnet. Einziger Nachteil: Da die Schweiz nicht EU-Mitglied ist, fehlen hier die Daten.

UNGLEICHE LASTEN

Es tut sich ein betrübliches Panorama auf. Gesamthaft ergibt sich für die Frauen ein gravierender Einkommensnachteil gegenüber Männern in Höhe von 36,7 Prozent. Anders gesagt:

Gare-Arbeit beschert Frauen grosse Lücken

Die Pandemie hat drastisch gezeigt, dass die Arbeit von Pflege, Betreuung und Erziehung in unserer Gesellschaft unterbewertet ist. Ohne diese funktioniert nämlich nichts. Daher muss die Care-Arbeit aufgewertet werden.

Langsam dämmert es auch, dass ein enger Zusammenhang zwischen der Benachteiligung von Frauen und der Sorgearbeit besteht. Anders gesagt: dass Frauen tiefere Löhne, weniger Einkommen und schlechtere Renten als Männer haben, ist eng mit der Verteilung der Sorgearbeit verbunden. Denn pflegen, betreuen und erziehen – das tun zu 70 Prozent die Frauen. (rh)



VIELSCHICHTIGE UNGLEICHHEIT: Soll die grosse Einkommenslücke zwischen den Geschlechtern geschlossen werden, muss es eine bessere Aufteilung der Care-Arbeit geben. Es genügt nicht, nur die Löhne anzugleichen. FOTO: EU-CARE-ATLAS

In der EU verdienen Frauen im Schnitt nur zwei Drittel dessen, was Männer einstreichen. Das ist weit mehr, als wenn nur die Löhne allein betrachtet werden. In der EU verdienen die Frauen im Schnitt 13 Prozent weniger als die Männer. Ainara Bascuñana von der Stiftung FEPS sagt: «Unser Atlas zeigt nun, dass der Lohn nur eine von mehreren Komponenten der Einkommenslücke von Frauen ist.» In den Atlas flossen auch Daten zur Benachteiligung der Frauen in Arbeit und Beschäftigung sowie durch die meist unbezahlte Care-Arbeit ein. «Hinter all diesen Zahlen liegt die ungleiche Last der Sorgearbeit, die zur Hauptsache auf den Schultern der Frauen liegt», so Bascuñana. Der Atlas mache klar, wie wichtig es sei, nicht bloss auf die Löhne zu schauen, sondern auf das Gesamtbild der ökonomischen Ungleichheit zwischen den Geschlechtern.

PATRIARCHALE MUSTER

Nehmen wir das Beispiel Deutschland. Dort beträgt der Lohnnachteil

von Frauen 18,3 Prozent. Während 36,3 Prozent der Frauen Teilzeit arbeiten, sind es bei den Männern nur 9,5 Prozent. 83,1 Prozent der Männer

In Deutschland leisten Männer pro Tag 150 Minuten Care-Arbeit, Frauen 242 Minuten.

haben einen Job, bei den Frauen sind es nur 76,9 Prozent. Zudem verbringen Männer täglich 290 Minuten in bezahlter Arbeit, bei den Frauen sind es 205 Minuten pro Tag. In unbezahlter Arbeit sind es bei Frauen 242 Minuten pro Tag, bei den Männern hingegen nur 150 Minuten. Dabei arbeiten Frauen – bezahlte und unbezahlte Arbeit zusammengerechnet – insgesamt länger als Männer, nämlich 447 Minuten pro Tag, im Gegensatz zu 440 Minuten der Männer.

Allgemeiner Kommentar im Atlas: «Frauen arbeiten mindestens so viel wie Männer, im Gegensatz zur landläufigen Meinung oft sogar noch

viel mehr.» Der Schluss aus den europaweiten Daten ist klar: Soll die grosse Einkommenslücke zwischen den Geschlechtern geschlossen werden, muss es eine bessere Aufteilung der Care-Arbeit geben. Es genügt nicht, nur die Löhne anzugleichen. Die ökonomische Ungleichheit zwischen Mann und Frau ist komplexer. Sie beruht auch auf patriarchalen Mustern, die nach wie vor der Frau die Hauptlast der Sorgearbeit aufbürden. Der EU-Care-Atlas zeigt dies erstmals für ganz Europa auf.



EU-Care-Atlas (auf englisch): rebrand.ly/eu-care-atlas (zuerst «Explore the care gaps» anklicken, dann auf ein Land im Atlas klicken).

Drama-Serie Gegen Armut und Gewalt

Mitten in der Nacht verlässt die junge Mutter Alex ihren gewalttätigen Freund Sean, um für sich und ihre Tochter ein besseres Leben anzufangen. Am Abend zuvor hatte Sean ein Glas gegen die Wand geschmettert, dicht neben seiner Freundin und dem dreijährigen Kind. So beginnt die Netflix-Serie «Maid». Alex versucht, sich als Putzhilfe über Wasser zu halten. Sie und ihre Tochter sind obdachlos, schlafen im Auto oder auf dem Boden einer Fahrstation. Die sehenswerte Netflix-Serie beleuchtet das Thema Armut, ohne zu romantisieren. Die Geschichte von Alex und ihrer Tochter erzählt vom atemlosen Leben alleinerziehender Mütter und zeigt auf, dass das Sozialsystem in den USA nicht funktioniert. Und dass es eben nicht reicht, nur hart genug zu arbeiten, um aus der Armut auszu-



FOTO: MAID

brechen. Denn: Um eine Unterkunft zu bekommen, braucht Alex einen Job, und dafür braucht sie eine Kinderbetreuung für ihre Tochter. Doch Kinderbetreuung gibt es nur für diejenigen, die einen Job haben – ein klassischer Teufelskreis.

Die Serie basiert auf der Biographie von Autorin Stephanie Land, die mit ihren beiden Kindern aus einer gewalttätigen Beziehung flüchtete und Obdachlosigkeit erlebte. «Maid» zeigt feinfühlig auf, wie schwierig es ist, sich aus einer toxischen Partnerschaft zu lösen, besonders dann, wenn Kinder im Spiel sind. Und warum Opfer häuslicher Gewalt oft mehrere Anläufe brauchen, um ihre Situation zu verlassen: Fast unbemerkt zieht Alex gegen Schluss der Serie wieder bei ihrem gewalttätigen Ex-Partner ein. Doch trotzdem wartet ein Happy End, zumindest in der Serie.

Maid, auf netflix.com

Podiumsdiskussion Wie sozial ist die EU?

EU-Kommissare kommen eigentlich nie in die Schweiz, aber jetzt kommt einer: Nicolas Schmit, zuständig für die Sozial-, Beschäftigungs- und Migrationspolitik. Der Luxemburger Sozialdemokrat folgt damit einer Einladung der Schweizerischen Gesellschaft für Aussenpolitik. Die setzt ihn auf den heissen Stuhl und will wissen: Ist die EU ein soziales oder unsoziales Projekt? Was bedeutet die 2017 proklamierte «Europäische Säule sozialer Rechte» konkret? Steht sie für einen historischen Wendepunkt, oder ist sie ein blosses Lippenbekenntnis? Nach Schmits Referat diskutieren Economiesuisse-Direktorin Monika Rühl und SP-Nationalrat Eric Nussbaumer über die EU-Sozialpolitik und die bilateralen Beziehungen zur Schweiz.

8. April, 18.30 Uhr (17.45 Apéro), Aula der Universität Zürich, Rämistrasse 71. Eintritt frei, anmelden unter info@sga-aspe.ch.

work1xl der wirtschaft

Daniel Lampart



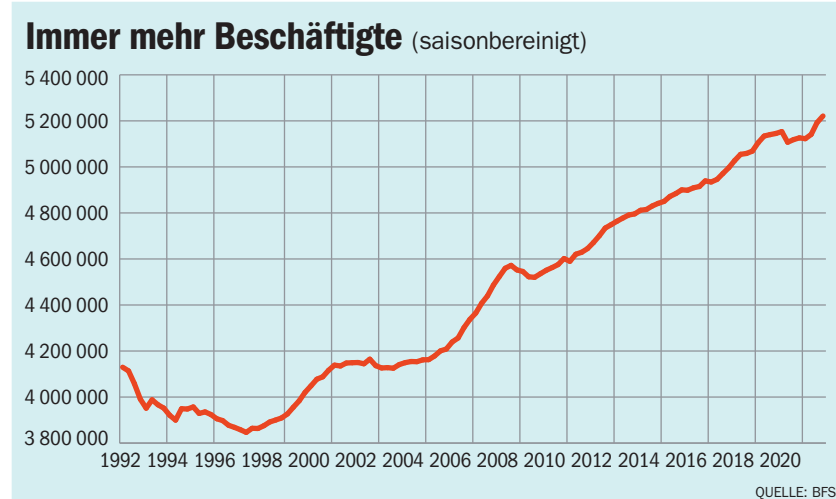
KEINE MASSENARBEITSLOSIGKEIT DANK STARKEM SOZIALSTAAT

Die Coronakrise wird noch gut aufgearbeitet werden müssen, um die Lehren für künftige Krisen zu ziehen. Etwas ist aber jetzt schon klar: Die Pandemie hat deutlich gezeigt, wie wichtig ein gut ausgebauter Sozialstaat für die wirtschaftliche Entwicklung ist. Dank den wirtschaftlichen Corona-Stützmassnahmen lag die Beschäftigung in der Schweiz bereits Ende 2021 auf einem neuen Höchststand. Sie war fast 1,5 Prozent höher als vor Ausbruch der Krise, nachdem wir insbesondere 2020 in wirtschaftliche Abgründe haben schauen müssen wie kaum je zuvor. Dass sich die Beschäftigungssituation so schnell erholt, ist sehr beeindruckend.

LOHNGARANTIEN. Im Frühling 2020 brach die Wirtschaft infolge der Teilschliessungen und der internationalen Rezession in historischem Ausmass ein. Ohne Kurzarbeit und Corona-Erwerbsersatz hätte eine

Massenarbeitslosigkeit resultiert, wie sie die Schweiz kaum je hatte. Denn im April 2020 waren aufgrund der Teilschliessungen fast 1,5 Millionen Arbeitnehmende in Kurzarbeit. Ohne Kurzarbeit hätten viele von ihnen die Stelle verloren. Die Schweiz wäre wahrscheinlich in einen deflationären Strudel gezogen worden wie in den 1930er Jahren.

NEUE RISIKEN. Mit der Kurzarbeit und dem Corona-Erwerbsersatz hat der Bund rund 30 Milliarden Franken in die Wirtschaft gepumpt. Mit diesem Geld haben die Firmen die Löhne bezahlt – selbst wenn sie geschlossen waren. Dank diesen Lohngarantien gab es weniger Entlassungen. Ein grosser Teil der Stellen blieb erhalten. Die Lohngarantien waren sogar so wirksam, dass die Schweiz rund 20 Prozent weniger Konkurse hatte als sonst. Noch ist es zu früh, um das Ende der Krise auszurufen. Im Gegenteil:



Die Ukraine-Invasion bringt nicht nur viel menschliches Leid, sondern auch neue wirtschaftliche Risiken. Weiterhin gefährdet ist insbesondere der Tourismus in den Städten, weil Gäste aus Asien und Nordamerika ausbleiben. Weitere Risiken sind die Frankenauf-

wertung oder die Fragen rund um die Energieversorgung. Es ist wichtig, dass die Stabilisierungsmassnahmen weiterhin in Kraft bleiben.

Daniel Lampart ist Chefökonom des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds (SGB).



Das offene Ohr
Myriam Muff von der Unia-Rechtsabteilung beantwortet Fragen aus der Arbeitswelt.

Vaterschaftsurlaub I: Profitieren Grenzgänger davon?

Ich arbeite seit Jahren in einer Firma in Basel, wohne aber in Deutschland. Meine Partnerin bekommt ungefähr in einem Monat unser Kind. Habe ich Anrecht auf den Vaterschaftsurlaub, obwohl ich meinen Wohnsitz nicht in der Schweiz, sondern in Deutschland habe?

MYRIAM MUFF: Ja. Vorausgesetzt, dass Sie die im Bundesgesetz über den Erwerbsersatz (EOG) geregelten Voraussetzungen erfüllen, kommen auch Sie in den Genuss einer Vaterschaftsentschädigung. Gemäss dem EOG erhalten erwerbstätige Väter während 14 Tagen eine Vaterschaftsentschädigung in der Höhe von 80 Prozent des durchschnittlichen Erwerbseinkommens (maximal CHF 196.– pro Tag), zu beziehen innerhalb von 6 Monaten. Dafür müssen Sie folgende Bedingungen erfüllen: Sie müssen während neun Monaten



BABYPAUSE: 2 Wochen für alle arbeitenden Väter. FOTO: ISTOCK

unmittelbar vor der Geburt des Kindes im Sinne des AHV-Gesetzes obligatorisch versichert gewesen sein und in dieser Zeit mindestens fünf Monate lang gearbeitet oder eine Erwerbsersatzentschädigung erhalten haben. Rechtlich gilt als Vater, wer mit der Mutter des Kindes verheiratet ist, die Vaterschaft anerkannt hat oder gerichtlich als Vater eingetragen ist. Da Sie offenbar schon länger bei der Firma in Basel arbeiten, werden Sie in den neun Monaten vor der Geburt ohne weiteres während mehr als fünf Monaten gearbeitet haben. Zudem fallen Sie auch unter das Obligatorium des AHVG. Obligatorisch nach AHVG versichert sind nämlich nicht nur Personen, die in der Schweiz wohnen, sondern auch solche, die in der Schweiz arbeiten. Somit profitieren auch Sie als Grenzgänger von der Vaterschaftsversicherung. Da Sie offenbar nicht verheiratet sind, müssen Sie unbedingt das Kind beim Zivilstandsamt anerkennen, damit Sie rechtlich als Vater gelten. Dies können Sie vor oder nach der Geburt tun.

Vaterschaftsurlaub II: Bekomme ich bei einem Unfall zusätzliches Geld?

Ich beziehe gerade die zweite Woche Vaterschaftsurlaub. Wegen eines Verkehrsunfalls vor drei Tagen hat mich meine Ärztin voraussichtlich für 4 Wochen arbeitsunfähig geschrieben. Ich bin über meine Arbeit auch für Nichtberufsunfälle versichert. Bekomme ich ab sofort zusätzlich Taggelder aus der Unfallversicherung?

MYRIAM MUFF: Nein. Gemäss Artikel 16 m Abs. 1 lit. c des Erwerbsersatzgesetzes schliesst die Vaterschaftsentschädigung den Bezug von Taggeldern der Unfallversicherung aus. Ein Unfall während der «Laufzeit» der Vaterschaftsentschädigung löst also keine Taggeldleistungen der Unfallversicherung aus. Die Vaterschaftsleistungen werden normal weiter ausgerichtet und laufen die normale Dauer von insgesamt 14 Tagen. Sie erhalten somit noch während einer Woche die Vaterschaftsentschädigung und danach während dreier weiterer Wochen Taggelder der Unfallversicherung (oder länger, sofern Sie ein weitergehendes Arztzeugnis vorweisen können).

Das strenge Regime der Arbeitslosenversicherung: Regelverstösse führen zu weniger Entschädigung

Kürzungen, die ganz schön wehtun können

Die Arbeitslosenversicherung kennt kein Pardon. Wer sich nicht an die Regeln hält, wird mit Einstelltagen bestraft. 10 Tipps, wie Sie Fehler vermeiden, die zu finanziellen Einbussen führen.

MARTIN JAKOB

«Jetzt schmeisse ich den Bettel hin!» dachte Disponentin Bettina R., als die Chefin wieder mal laut wurde und ihr zum x-ten Mal die gleichen, nach Frau Rs Meinung völlig unhaltbaren Vorwürfe machte. Kaum zu Hause, setzte sich Bettina R. deshalb hin und schrieb die Kündigung: «Finde ich nicht gleich eine neue Stelle, kann ich immer noch stempeln gehen!» Aber Achtung: Wer seine Stelle

Wer ohne neue Anstellung kündigt, muss mit Einstelltagen rechnen.

kündigt, ohne sich zuvor eine neue gesichert zu haben, und deshalb arbeitslos wird, den trifft nach Gesetz ein Verschulden an der Arbeitslosigkeit. Deshalb wird die Arbeitslosenentschädigung in der Regel für 31 bis 60 Tage gestrichen. Wobei jeweils 5 Tage eine ganze Woche bedeuten, die Entschädigung also bis zu drei Monate lang ausbleiben kann. Ein harter Verlust. Die Kassen haben in der Bemessung der Einstellzeit zwar einen Spielraum (siehe work-Tipp), sind aber auch verpflichtet, die Umstände einer Kündigung objektiv zu prüfen – aufgrund von Dokumenten und der Anhörung beider Seiten.

Immerhin bei rund 9 Prozent aller Neuansmeldungen werden Einstelltage wegen selbstverschuldeter Arbeitslosigkeit verfügt. In dieser Zahl sind auch jene Fälle begriffen, in denen die Firma die Kündigung wegen Verfehlungen der angestellten Person ausspricht. Wer also die Kündigung erhält, weil die Firma zu Unrecht ein Fehlverhalten behauptet, hat ein doppeltes Interesse daran, sich zu wehren: Denn neben der schlechten Referenz droht auch die Einstellverfügung der Arbeitslosenkasse.

● **Tipp 1:** Empfinden Sie die Arbeitsbedingungen an Ihrer aktuellen Stelle als unzumutbar und hel-

fen auch Gespräche nicht, schauen Sie sich ohne langes Zögern nach einer neuen Stelle um.

● **Tipp 2:** Sind die Verhältnisse am Arbeitsplatz derart zerrüttet, dass Sie gesundheitliche Probleme haben, konsultieren Sie vor der Kündigung Ihre Ärztin, damit diese die Unzumutbarkeit der Fortführung des Arbeitsverhältnisses schriftlich bestätigen kann. Melden Sie sich beizeiten bei der Arbeitslosenkasse und legen Sie dieses Zeugnis vor.

● **Tipp 3:** Wehren Sie sich gegen eine Kündigung, welche die Firma mit einem Fehlverhalten von Ihrer Seite begründet, falls die Vorwürfe nicht gerechtfertigt sind. Ebenso gegen eine Kündigung ohne Beachtung der vertraglichen Kündigungsfrist. Die Unia Ihrer Region berät Sie bei Bedarf.

EINE «TATZE» VOM RAV

Sobald Sie als arbeitslos angemeldet sind, haben Sie eine Reihe von Pflichten. Vernachlässigen Sie diese, machen Sie mit den Sanktionen der Regionalen Arbeitsvermittlung (RAV) Bekanntschaft. Ungenügende Arbeitsbemühungen sind neben selbstverschuldeter Arbeitslosigkeit der zweite Hauptgrund für Einstelltage. Die häufigsten Verstösse sind zu wenige oder zu wenig ernsthafte Bewerbungen, Nichteinhalten von Kontrollfristen oder Gesprächsterminen, das Schwänzen vereinbarter Kurse, aber auch Nichtanmeldung von Zwischenverdiensten.

● **Tipp 4:** Melden Sie sich frühzeitig bei der Arbeitslosenkasse an, noch während Ihr Anstellungsverhältnis andauert.

● **Tipp 5:** Halten Sie bereits während der Kündigungsfrist die Vorgaben zur Stellensuche ein (Faustregel: 10 bis 12 Bewerbungen pro Monat). Ungenügende oder keine Arbeitsbemühungen während einer dreimonatigen Kündigungsfrist können zu 9 bis 18 Einstelltagen führen. Noch strenger werden ungenügende Arbeitsbemühungen danach geahndet.



DARUM UNIA-ARBEITSLOSENKASSE

Was viele nicht wissen: Wer sich arbeitslos meldet, kann seine Kasse frei wählen. Und wählt mit Vorteil die Arbeitslosenkasse der Unia. Sie ist als grösste Kasse der Schweiz erfahren und leistungsfähig, und vor allem legt sie die Gesetze – die für alle Kassen gleichermassen gelten – arbeitnehmerfreundlich aus. Denn dazu sind Ermessensspielräume da.

RECHTSSCHUTZ. Für Mitglieder der Gewerkschaft Unia gilt: Sollten Sie mit einem Entscheid des RAV, der Arbeitslosenkasse oder anderer Amtsstellen einmal dennoch nicht einverstanden sein, geniessen Sie den vollen Rechtsschutz der Unia – auch in einem Fall, in dem die Unia-Arbeitslosenkasse involviert ist. Denn Gewerkschaft Unia und Unia-Arbeitslosenkasse sind voneinander unabhängige Körperschaften. In einem Konflikt wird die Gewerkschaft Unia die Einsprache für Sie verfassen. Es kann also durchaus vorkommen, dass eine Einsprache der Gewerkschaft Unia Erfolg hat und die Korrektur einer Kassenverfügung der Unia-Arbeitslosenkasse bewirkt.

● **Tipp 6:** Halten Sie sich an vereinbarte Termine. Nur schon das unentschuldigte Fernbleiben von einem Beratungstermin beim RAV kann Sie 5 bis 8 Einstelltage kos-

ten! Und falls Sie den monatlichen Nachweis Ihrer Arbeitsbemühungen zu spät einreichen, setzt es gleich viele Einstelltage ab, wie wenn Sie sich gar nicht um eine Anstellung bemüht hätten.

● **Tipp 7:** Dokumentieren Sie Ihre Korrespondenz. Reichen Sie wichtige Akten per E-Mail ein, drucken Sie den E-Mail-Verkehr zur Sicherheit aus. Bei Bewerbungen per E-Mail vergewissern Sie sich bei Unsicherheit per Telefon, ob die Sendung eingetroffen ist.

● **Tipp 8:** Reagieren Sie sofort, falls Ihnen das RAV die Annahme eines Stellenangebots vorschreibt, das Sie für unzumutbar halten. Nennen Sie möglichst objektive

Faktoren für die Unzumutbarkeit (Arbeitsweg und familiäre Verhältnisse, Über-/Unterqualifizierung usw.). Denn eine ungenügend be-

Zwischenverdienste zu unterschlagen gilt als Pflichtverletzung.

gründete Nichtannahme der Stelle führt beim ersten Mal zu 31 bis 45 Einstelltagen, beim zweiten Mal zu 46 bis 60 Einstelltagen.

● **Tipp 9:** Melden Sie Zwischenverdienste in jedem Fall an. Zwar sinkt in der Folge die Höhe der Arbeitslosenentschädigung. Der Zwischenverdienst und die Kom-

pensationszahlung der ALV sind zusammen aber immer höher als die Arbeitslosenentschädigung (siehe auch «Das offene Ohr» vom 1. 10. 2021). Und vor allem verletzt die Nichtmeldung Ihre Melde- und Auskunftsspflicht, was je nach Schwere des Falls mit bis zu 60 Einstelltagen geahndet wird und erst noch eine Strafanzeige nach sich ziehen kann.

● **Tipp 10:** Sorgen Sie für ein gutes persönliches Verhältnis zu Ihrem Berater oder Ihrer Beraterin beim RAV, verhalten Sie sich transparent und erwerben Sie Vertrauen. So wirkt sich der Ermessensspielraum der Beraternen bei einem Verstoss zu Ihren Gunsten aus.

WARTEZEIT

JE NACH LOHNHÖHE

Nicht für alle, die sich als arbeitslos anmelden, setzen die Entschädigungszahlungen sofort ein. In vielen Fällen kommt es zunächst zu einer Wartezeit. Anders als die Einstelltage sind diese Wartezeiten unabhängig vom Verhalten der Versicherten. So lauten die Regeln:

Keine Wartezeit: Versicherte mit einem Jahresverdienst bis 36000 Franken oder, falls eine Unterhaltspflicht gegenüber Kindern besteht, bis 60000 Franken. Sie erhalten ab dem ersten Tag Taggelder. **Fünf Tage Wartezeit:** Alle Versicherten mit Unterhaltspflicht gegenüber Kindern und einem Jahresverdienst ab 60001 Franken sowie Versicherte ohne Unterhaltspflicht gegenüber Kindern und einem Jahresverdienst zwischen 36001 und 60000 Franken.

Längere Wartezeit: Bei gut verdienenden Versicherten ohne Unterhaltspflicht gegenüber Kindern verlängert sich die Wartezeit je nach Höhe des anrechenbaren Jahresverdiensts. Sie beträgt 10 Tage bei einem Jahresverdienst zwischen 60001 und 90000 Franken, 15 Tage bei einem Jahresverdienst zwischen 90001 und 125000 Franken und 20 Tage bei einem Jahresverdienst über 125000 Franken.

Bei der Bemessung der Wartezeit spielt es keine Rolle, ob und in welcher Höhe der Partner oder die Partnerin im gemeinsamen Haushalt ebenfalls Lohn bezieht. (jk)

saldo tipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».



DATEN SICHERN: Ob der Rechner nur böse abstürzt, kaputtgeht oder abhanden kommt – ein Backup rettet zumindest Ihre Arbeiten! FOTO: ADOBE STOCK

So machen Sie ein Backup

Computerdaten sollten Sie regelmässig sichern. Am besten verwenden Sie dafür eine externe Festplatte, die Sie an den PC oder den Mac anschliessen. Die persönlichen Dateien können Sie jeweils manuell auf die externe Festplatte kopieren. Einfacher geht es mit Spezialprogrammen. So klappt's:

APPLE: Bei Apple-Computern ist das kostenlose Backup-Programm «Time Machine» bereits vorinstalliert. Schliesst man eine neue externe Festplatte an den Computer an, startet das Programm automatisch: Es öffnet sich ein Fenster mit der Frage, ob die Festplatte für «Time Machine» benutzt werden soll. Dort setzt man das Häkchen bei «Backups verschlüsseln» und klickt auf «Als Backup-Volumen verwenden».

Anschliessend setzt man ein Passwort und klickt auf «Volumen verschlüsseln». Das Backup beginnt. Schliesst man die Festplatte künftig an den Computer an, erstellt «Time Machine» automatisch ein Backup.

WINDOWS: Zwar liefert Microsoft ab Werk ein Backup-Programm mit. Es ist jedoch nicht immer zuverlässig. Deshalb müssen Benutzerinnen und Benutzer auf Programme von Drittherstellern ausweichen. Diese sind teils sehr teuer oder enthalten störende Werbung. In einem Test der deutschen Stiftung Warentest schnitten folgende Programme gut ab und sind noch immer erhältlich: Paragon Backup & Recovery Community Edition (gratis), Nero Backitup (Fr. 29.95), Aomei Backupper, Standard (gratis). CHRISTIAN BIRMELE

Auf Apple-Rechnern ist das Backup einfacher als bei Windows.

Wie steht es um den Notvorrat in Ihrem Haushalt?

Essen für 7 Tage und ein Sixpack Wasser



9 LITER WASSER PRO PERSON: Diese eiserne Reserve soll im Notfall zum Trinken und Kochen für drei Tage reichen. FOTO: ADOBE STOCK

Pandemie, gestörter Welt-handel, Ukraine-Krieg: Da denkt man auch mal wieder an den Notvorrat. So legen Sie ihn an.

MARTIN JAKOB

Die Regale im Detailhandel sind voll. Und fast überall findet sich im Umkreis von wenigen Kilometern ein Shop, der auch an Sonn- und Feiertagen geöffnet ist. Wer braucht da noch Vorräte? Und wenn's mal knapp wird, kann ja der Bund die Pflichtlager freigeben!

3 BIS 4 MONATE. Das mit den Pflichtlagern stimmt. Für immerhin 3 Milliarden Franken lagert das Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung (BWL) vorsorglich lebenswichtige Güter wie Nahrungsmittel,

Saatgut, Dünger, Heilmittel und fossile Energieträger. Die Lager mit Zucker, Reis, Getreide, Speisefetten und Kaffee könnten den inländischen Bedarf von 3 bis 4 Monaten decken. Bei wichtigen Heilmitteln sind es 2 bis 4 Monate.

Aber: Läden können auch mal geschlossen bleiben (zum Beispiel bei einem Lockdown), globale Transportwege sind störungsanfällig. Und auch Pflichtlagerfreigaben erfolgen nicht von heute auf morgen. Bis Sie den Reis aus eidgenössischen Lagern in Ihrer Pfanne haben, verstreichen da schon ein paar Tage. Und weder Milchprodukte noch Fleisch, Früchte und Gemüse zählen zu den Pflichtlagerbeständen.

Genau darin liegt der Wert des haushaltseigenen Vorrats:

Er soll kurzfristige Versorgungslücken ausbügeln und bei längerfristigen Krisen die erste Phase überbrücken, bis die Maschinerie des BWL in Gang gekommen ist.

LAGERFÄHIG. Die Empfehlung des BWL lautet deshalb nicht: Hamstern Sie einfach drauflos. Vorrat hat man nie genug! Sondern: Sorgen Sie dafür, dass Sie so viele lagerfähige Lebensmittel im Schrank haben, dass es für eine Woche reicht. Stellen Sie ein Sixpack Wasser (9 Liter) pro Person dazu. Und ergänzen Sie diesen Vorrat mit regelmässig benötigten Hygieneartikeln und Arzneimitteln.

Klassische Güter für den Lebensmittelvorrat sind Reis und Teigwaren, Salz und Zucker, Öl, Kaffee und Tee, Ge-

müse- und Früchtekonserven, UHT-Milch (schmeckt sosolala, ist aber monatelang haltbar), Hartkäse und Trockenfleisch. Sinnvoll dazu einige Nahrungsmittel, die ohne Kochen zu geniessen sind wie Schokolade, Zwieback oder Trockenfrüchte.

Integrieren Sie den Notvorrat in Ihre Menüplanung. So verdirbt nichts.

Denn vielleicht fallen auch mal der Strom oder die Gasversorgung aus (siehe Text rechts). Deshalb auch nicht allein auf Tiefkühlgeräte vertrauen! Wenn Sie Ihren Lebensmittelvorrat zusammenstellen, halten Sie sich in erster Linie an

Nahrungsmittel, die Sie gern und regelmässig konsumieren. Denn so können Sie den Notvorrat laufend in Ihren Menuplan integrieren und nach Verbrauch wieder aufstocken. Also für schwere Stunden besser keine Dosenbohnen ins Regal stellen, wenn Sie Dosenbohnen hassen: Sie werden sie auch in der schweren Stunde nicht mögen.

Die empfohlenen 9 Liter Wasser in Flaschen sind für den Fall gerechnet, dass die lokale Trinkwasserversorgung während bis zu drei Tagen unterbrochen bleibt; für diese Zeit sollten sie fürs Trinken und Kochen ausreichen. Möchten Sie auch beim Flüssigen für eine ganze Woche vorsorgen, stocken Sie den Vorrat entsprechend auf.

OHNE STROM

DIE STUNDE DER KERZEN

Auch gegen Stromausfall sollten Sie gewappnet sein. Mit Kerzen und Streichhölzern, Taschenlampe, batteriebetriebenen Radio, Ersatzbatterien. Für Geräte mit geringem Stromverbrauch wie das Mobiltelefon ist eine Solar-Powerbank oder ein Solar-Ladegerät nützlich. Falls Sie ohne Strom oder Gas eine warme Mahlzeit zubereiten wollen, leisten ein Gaskocher oder der Gartengrill gute Dienste. Zur Not tut es auch das Fondue-rechaud.

Wenn Sie ins Ausland reisen

Achtung, 3 G!

Die Schweiz hat die meisten Corona-Schutzmassnahmen ausser Kraft gesetzt. Nicht so die Nachbarländer.

Was war da noch? Corona? Mitte Februar hat der Bund fast alle Schutzmassnahmen gegen die Pandemie fallenlassen – nur das Maskentragen im öffentlichen Verkehr, in Spitälern und Heimen ist noch bis Ende März Pflicht.

Andere Länder bleiben vorsichtiger. Sie halten an Regeln fest, die Sie bei der Einreise beachten müssen. Generell gilt dort weiterhin das Prinzip «Getestet, geimpft oder genesen», und Ihr Zertifikat bleibt ein notwendiges Reisedokument. Auch für den Zugang

zu Hotels, Restaurants oder für die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel sind Schutzmassnahmen weiterhin verbreitet. Im Detail unterscheiden sich die Bestimmungen von Land zu Land – und innerhalb der Staaten oft von Bundesland zu Bundesland oder von Region zu Region.

Klären Sie deshalb bei der Planung Ihrer Auslandsreise die Bestimmungen für die Einreise und den Aufenthalt sorgfältig ab. Für die europäischen Länder liefern die beiden Adressen gute Informationen: [rebrand.ly/tcs-corona](https://tcs-corona.ch) (d, f, i) und europa.eu/de (die Seite der EU ist in 23 weiteren europäischen Sprachen verfügbar). (jk)



WORKLESERFOTO



Schöne Aussichten!

WANN September 2021
WO Adelboden BE
WAS Sicht auf Tierhörnli, Steghorn und Wildstrubel
Eingesandt von Elisabeth Kühni, Burgdorf BE

Gewinnen Sie 100 Franken!

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken! Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben.
Senden an redaktion@workzeitung.ch, Betreff «Leserfoto»

WORKPOST



Hirslanden-Klinik stellt Reinigerinnen auf die Strasse... kaltschnäuzig und kurz vor ihrer Pensionierung

25 Jahre putzt Finka das Spital Linde in Biel. Sie hat die Klinikleitung und sieben Kolleginnen assen. Aber die Frauen ten sich zur Wehr.

Hirslanden-Klinik stellt Reinigerinnen auf die Strasse... kaltschnäuzig und kurz vor ihrer Pensionierung

25 Jahre putzt Finka das Spital Linde in Biel. Sie hat die Klinikleitung und sieben Kolleginnen assen. Aber die Frauen ten sich zur Wehr.

So geht das also!

So geht man also mit dem Personal um! Und dann sollte man noch länger arbeiten. Ist einfach nur traurig.

MARLIES FEHR, VIA FACEBOOK

WORK 4 / 4.3.2022: «BAUMEISTER WOLLEN DIE 50-STUNDEN-WOCHEN!»

... und erst mit 67 in Pension!

Bürgerliches Geschwafel von vollgestopften Baumeistern! Pro Woche länger arbeiten und dann noch mit 67 in Pension, das ist das Ziel dieser Sesselkleber.

GINO ARTONI, VIA FACEBOOK

Eine Frechheit!

Aber sonst geht's noch! Die sollen selber mal arbeiten. Das ist eine Frechheit!

YVONNE BÜSSER, VIA FACEBOOK

WORK 4 / 4.3.2022: «IST DAS JETZT DER 3. WELTKRIEG?»

Nur so kommen wir weiter

Sowohl über das Editorial vom 4. März zum Krieg in der Ukraine wie auch über den Artikel von Oliver Fahrni in derselben Nummer habe ich mich sehr gefreut. Ich finde es sehr wichtig, dass verschiedene Meinungen in der Presse zu Wort kommen, und die fehlten mir bisher. Nur so kommen wir im verzweifelten Nachdenken mit all unserer Ambivalenz weiter.

MARIANNE PLETSCHER, ZÜRICH

Perle unter den Medien

Ein grosses und erleichtertes Merci an die Redaktion von work für die Analyse zur Ukraine. Ihr benennt die Akteure, ihr ordnet die schlimmen Ereignisse ein, ihr stellt Zusammenhang her. Damit seid ihr derzeit eine Perle unter den Medien, in denen wir

Tag für Tag lesen, wie schlecht Putin sei. Empörung und Spekulationen sind kein Kriterium für Qualitätsjournalismus. Ich bin in diesen Wochen der Ungewissheit und Sorgen ganz speziell froh, work abonniert zu haben.

NADINE HOSTETTLER, PER MAIL

Kriegstreiber Putin

Die Sicherheitsinteressen Russlands sind im Grundsatz nicht von der Hand zu weisen. Die Nato ist seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion tatsächlich deutlich in Richtung Osten gewachsen – übrigens vollständig im Rahmen internationaler Verträge auch mit Russland. Nur: Mit der Ukraine hat das eben wenig zu tun, denn auch wenn das Land Interesse an einer Mitgliedschaft in der Nato angemeldet hat, wird eine solche Mitgliedschaft von vielen westlichen Ländern ausgeschlossen und steht überhaupt nicht auf der Tagesordnung. Für Putins Propaganda hingegen eignet sich die

Lesart vom imperialistischen Westen natürlich hervorragend. Als imperialistischer Kriegstreiber liess er auch im Georgisch-Südossetischen Krieg zerbomben, im Tschetschenienkrieg, Dagestankrieg, Teilnahme an der Operation Active Endeavour im Mittelmeer, Militäreinsatz im Kaukasuskrieg auf der Seite südossetischer Rebellen, Kampf gegen das Kaukasus-Emirat, das sich seit 2015 als Teil des IS versteht, 2014: Invasion und nachfolgende Annexion der Krim, militärische Unterstützung der prorussischen Kräfte im Krieg in der Ostukraine, seit 2015: militärischer Eingriff auf Seiten der Regierung Syriens im syrischen Bürgerkrieg, seit 2018: militärische Unterstützung des Kampfes gegen die libysche Regierung auf Seiten Marschall Haftars, seit 2019: militärische Unterstützung des Kampfes gegen die Ahlu Sunnah Wa-Jama in Moçambique mit Wagner-Söldnern der GRU, seit 2020: Truppen in Berg-Karabach, Aserbaidshan, 2022: Beteiligung russischer Truppen an der Niederschlagung der Unruhen in Kasachstan. 2022: Überfall auf die Ukraine.

MARION FELIX HELLMANN

INSERAT

CARITAS Schweiz
Suisse
Svizzera
Svizra



Jetzt mit
TWINT
spenden!

Das Richtige tun

LUKAS STEIMER
SPIELE-
FAN

Auch in der Freizeit ist Lukas Steimer den Rechnern zugewandt: Der Mann aus Naters sammelt alte Computer-Spiele. Mehr als 1000 Titel umfasst seine Kollektion, zudem nennt er über zwei Dutzend Konsolen – vom Atari 2600 über den Commodore 64 bis zum Super Nintendo – sein Eigen. Doch Steimer hat einen besonderen Geschmack: «Ich bin nur an Retro-Games interessiert. Was mehr als zwei Knöpfe braucht, interessiert mich schon nicht mehr.» Unwesentlich mehr Schalter umfasst sein zweites grosses Hobby: Flipperkästen. Auch hier hat er eine stattliche Sammlung von gut 20 Automaten. Seine Leidenschaft hat in schon bis in die USA getrieben, zu Ausstellungen und Turnieren.

POLITISCH. Steimer ist in keiner Partei, aber ein politischer Mensch. Einige Jahre arbeitete er als Layouter für die «S&Z Print AG» in Brig, die für viele Umweltorganisationen, linke Parteien und Gewerkschaften druckte. Bis heute kennt er das gewerkschaftliche Milieu im Wallis gut, arbeitet bisweilen auch mit der Unia zusammen. Vor einigen Jahren trat er gar auf der gemeinsamen Liste von SP und Grünen für den Gemeinderat in Naters, später auch für den Grossrat, an, allerdings ohne Erfolg. Er nimmt es mit Humor: «Das eher klägliche Resultat hat mich für eine Weile von den Ambitionen geheilt.»



Lukas Steimer (40) macht in seinem Geschäft gebrauchte Geräte wieder neu

«Ich gebe Computern ein zweites Leben»

Mit seinem Online-Versandhandel kämpft Lukas Steimer gegen die Wegwerfgesellschaft. Was Firmen ausrangieren, bereitet er neu auf.

JOHANNES SUPE | FOTOS MATTHIAS LUGGEN

In Lukas Steiners kleinem Laden leben die späten 1990er Jahre fröhlich weiter. Umgeben von modernen Geräten steht in einer Ecke die lebensgrosse Abbildung der Katakomben-Erforscherin Lara Croft. Das Schaufenster wird geschmückt vom strahlenden «Vault Boy», Kultfigur aus dem dystopischen PC-Spiel «Fallout». Und vom mannshohen Nokia 3210, jenem legendären Mobiltelefon, das wohl auch die Apokalypse überstehen würde. Die Nachbildung sei das Geschenk eines Freundes zur Eröffnung des Ladens gewesen, erzählt Steimer.

Der Freund muss den 40jährigen Walliser gut kennen. Denn mitten in Brig, nur wenige Schritte vom Stadtzentrum entfernt, umzingelt von Banken und Versicherungen, betreibt Lukas Steimer ein aussergewöhnliches Unternehmen. Er handelt mit

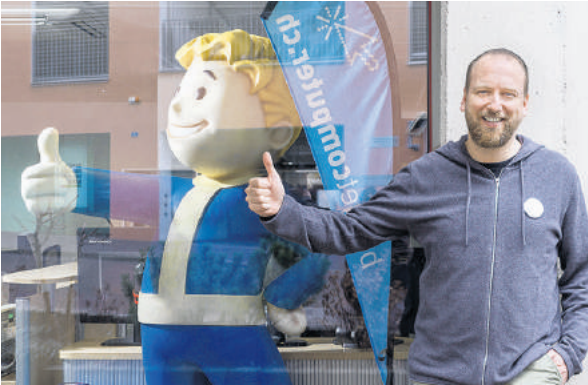
Computern, Laptops, Tablets und Smartphones, die von Firmen ausrangiert wurden, und verkauft sie günstig an interessierte Personen weiter. Durch sein Geschäft, so erklärt Steimer, verschafft er den Geräten «ein zweites Leben».

GEGEN DAS WEGWERFEN. Dinge reparieren, sie nicht gleich in den Abfall werfen: für Steimer ist das wichtig. Wenn Unternehmen ihre Hardware aussortieren, beginnt für ihn die Arbeit. Er erklärt: «Die meisten Firmen schliessen für ihre Geräte einen Servicevertrag über drei Jahre ab. Wenn der ausgelaufen ist, schaffen sie neue an.» Dann holt der 40jährige die gebrauchten Stücke ab, bereitet sie neu auf. Besonders wichtig: alle Daten von den Geräten löschen. «Das ist Vertrauenssache. Einige Firmen bestehen auf einer Datenlöschung vor Ort», so Steimer. Ein Fehler ist ihm dabei in 18 Jahren noch nie unterlaufen.

Doch das Abholen und die Datenlöschung ist nur die halbe Bützel. In seinem Geschäft in Brig installieren Steimer und

sein Team den Computern ein aktuelles Betriebssystem und prüfen sie auf Herz und Nieren. Dann werden die «alten Neuen» für den Versand vorbereitet. Neuer Abfall falle dabei nicht an, erklärt Steimer stolz: «Ich arbeite mit Geschäften aus der Umgebung zusammen. Einige geben mir ihre Kartons zum Verpacken, andere überlassen mir Luftpolsterfolie und Füllmaterial, um die Geräte für den Transportweg zu schützen.» Angeboten werden die Stücke schliesslich über die Website des Geschäfts, budgetcomputer.ch, zu Preisen, die oft 50 Prozent, manchmal gar 80 Prozent unter dem ursprünglichen Kaufpreis liegen. Angezogen würden so Kundinnen und Kunden, die günstige, aber gute Geräte suchen, so Steimer. «Es gibt aber auch Leute, die bewusst bei uns kaufen, um der Wegwerfgesellschaft etwas entgegenzuwirken.»

WASCHKÜCHEN-TECHNIK. Steiners eigene Faszination für Technik begann früh. Bereits als Kind war er an Videospielen interessiert, und bald half er Verwandten und Freunden,



AUS KAPUTT WIRD REPARIERT: Lukas Steimer vor seinem Computer-Flick-Geschäft in Brig.

wenn die mit den neu aufkommenden Rechnern überfordert waren. Eine Lehrstelle als Informatiker fand Steimer zwar nicht. Dafür kam er in Brig in der Buchhandlung «Zur Alten Post» unter. Einerseits hantierte die noch mit Buchlaufkarten, um den Bestand zu kontrollieren. Andererseits wurden neue Bestellungen schon elektronisch abgewickelt. Steimer half kräftig dabei, den Laden fit für das neue Jahrtausend zu machen. Auch an der Entstehung der ersten Website war er beteiligt. Mehr und mehr geriet die kleine Buchhandlung zum Treffpunkt der örtlichen Gaming- und Technik-Gemeinschaft. Gerüchte besagen, dass es dort auch die besten Games gebe. «Mein Chef hat mich machen lassen. Er war glücklich, dass ich als Lehrling für so viel Umsatz sorgen konnte», so Steimer.

Die Idee für sein Geschäft kam Steimer später. Durch Zufall. Ein IT-Dienstleister war gerade dabei, das Sortiment eines Kunden umzustellen: weg mit den Röhrenbildschirmen, her mit den Flatscreens. Die alten Kästen überliess man den Mitarbeitenden und später auch Passanten für einen symbolischen Preis. «Als ich das erfuhr, erzählte ich auch meinen Freunden davon. Die wollten natürlich, dass ich ihnen welche mitbringe», sagt Steimer. Dann habe er sein Auto beladen, wieder und wieder. Später fragte er weitere Betriebe nach ausrangierter Ware. Und so stapelte sich in der Waschküche des jungen Wallisers bald Technik. Seit 2006 hat Steimer Bezugsquellen in der ganzen Schweiz.

VERLEIMT. Ganz allein ist Lukas Steimer nun nicht mehr. Er beschäftigt Personen in schwierigen Lebenssituationen, um ihnen später eine Eingliederung in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Drei bis sechs Monate können Geflüchtete, Suchtkranke oder Langzeiterwerblose in seinem Laden ein Praktikum machen, nach Absprache mit den Ämtern und Behörden. Steimer sagt: «Der Lohn ist meist nur symbolisch. Dafür fühle ich mich aber verpflichtet, auch bei privaten Problemen zu helfen, wenn ich kann.»

Zunehmend schwieriger wird sein Geschäftsmodell durch das Gebaren der Techproduzenten. «Die Hersteller wollen Reparaturen möglichst verhindern», sagt Steimer. Gehäuse würden geleimt statt verschraubt, Komponenten gelötet statt gesteckt. Dabei hat Steimer eine bedenkliche Beobachtung gemacht: Das Vorgehen gegen Reparaturen nimmt im selben Mass zu, wie bahnbrechende Neuerungen abnehmen. Dennoch will Steimer weitermachen, solange er kann. «Wie es jetzt läuft, ist es gut», meint er. Und weiter: «Ich will gar nicht expandieren. Ich bin froh, wenn ich davon leben und etwas an die Gesellschaft zurückgeben kann.»

Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriffig, kritisch, frech.

work abonnieren.

Für nur Fr. 36.– im Jahr jeden zweiten Freitag direkt ins Haus.

Vorname/Name

Strasse

PLZ/Ort

Telefon/E-Mail

work, Abodienst, Postfach, 3000 Bern 16. www.workzeitung.ch

WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft. **Herausgeberin** work, Gewerkschaft Unia **Verlag und Redaktion** Weltpoststrasse 20, 3000 Bern **Postadresse** Postfach, 3000 Bern 16 **Telefon Verlag und Redaktion** 031 350 24 18 **E-Mail Verlag** verlag@workzeitung.ch **E-Mail Redaktion** redaktion@workzeitung.ch **Internet** www.workzeitung.ch
Redaktion Marie-Josée Kuhn (Chefredaktorin), mariejoseekuhn@workzeitung.ch; Anne-Sophie Zbinden (Stv. Chefredaktorin, Produzentin), annesophiezbinden@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Johannes Supe, johannessupe@workzeitung.ch; Patricia D'Incau (Ditigalredaktorin), patriciadincau@workzeitung.ch; Jonas Komposch, jonaskomposch@workzeitung.ch **Mitarbeit an dieser Nummer** Katrin Bärtschi, Peter Bodenmann, Oliver Fahmi, Martin Jakob, Andreas Rieger, Michael Stötzel, Clemens Studer, Jean Ziegler. **Gestaltung/Layout** Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch; Silvia Aeschbach, silviaaeschbach@workzeitung.ch **Korrektur** Urs Remund, ursremund@workzeitung.ch, Andrea Leuthold **Sekretariat** Mirka Grossenbacher (Mo–Mi, Fr), verlag@workzeitung.ch
Anzeigenmarketing Mirka Grossenbacher, Telefon 031 350 24 18, anzeigen@workzeitung.ch **Druck** CH Media Print AG, Im Feld 6, 9015 St. Gallen **Abonnement** Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.– **Abodienst** Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, abo@workzeitung.ch **Auflage** 69 344 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.